

Herausgeberin/Redaktion Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz Postfach 6136 3001 Bern Telefon 031 320 35 35 Fax 031 320 35 00 E-Mail gs@fdp-prd.ch Internet www.fdp.ch	Inserate Kretz AG Verlag und Annoncen General Wille-Strasse 147 8706 Feldmeilen Telefon 01 925 50 60 Fax 01 925 50 77 E-Mail fdp.annoncen@kretzag.ch Internet www.kretzag.ch	Layout/Druck NZZ PRINT Postfach 8021 Zürich Telefon 01 258 15 02 Fax 01 258 18 99 ISDN 01 773 11 15 E-Mail print@nzz.ch Internet www.nzzprint.ch
---	--	--

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

25. Jahrgang, Erscheint monatlich.

Inhalt



Heft in die Hand nehmen
Asyl- und Ausländerpolitik. **5/6**

Verschleppungstaktik
Lösungen statt Parolen. **10**

Armer Lipa-Stift
Nein zur Lehrstelleninitiative. **16**



Kompetenz oder Konsens?
Wissenschaftliche Politikberatung. **17/18**

Fraktionsmeinungen
Alte Zöpfe abschneiden. **19**

Anzeige

Innotherm
Öl-Kondensationsheizungen brauchen keinen Kamin.
INNO THERM
Innotherm AG - Talackerstr. 14 - 8274 Tägerwilen
Telefon 071 669 28 82 - Fax 071 669 28 87

Die Armee XXI verdient unser Vertrauen

Wegweisender Entscheid über die Landesverteidigung

Am Abstimmungswochenende vom 18. Mai befinden die Schweizerinnen und Schweizer über die Zukunft der militärischen Landesverteidigung. Die Abstimmung über die Armee reform droht allerdings im Reigen der vielen Vorlagen unterzugehen. Wegen der gleichzeitigen Abstimmungen im Wirtschaftsbereich werden sich die bürgerlichen Verbände wohl wenig im Abstimmungskampf engagieren, obwohl die neue Armee auch ihren Anliegen entgegenkommt.

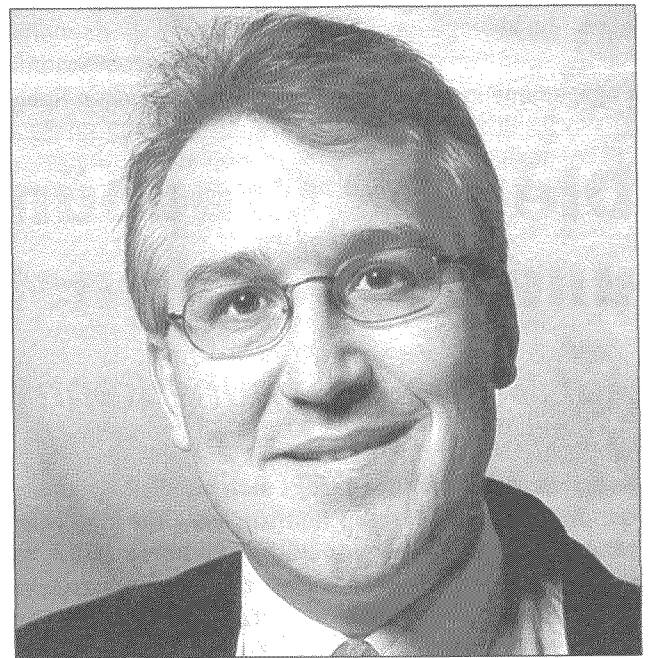
Von *Andreas Widmer*,
Kantonsrat aus Wil (SG),
eingeteilt als Chef
Truppeninformations-
dienst Feldarmee korps 4

Eine seit langem erarbeitete Armee reform steht kurz vor ihrer Vollendung. Dabei sind die sicherheitspolitischen Leitgedanken, welche durch eine vielfältig zusammengestellte «Studienkommission Brunner» erarbeitet wurden, nun über eine Kaskade von aufeinander aufbauenden Teilschritten konkretisiert worden (Top-Down-Ansatz). Milizverbände und Verwaltung haben den Reformprozess kritisch begleitet und die Eckwerte beeinflusst. Nach einigem Hin und Her schlossen die eidgenössischen Räte im Oktober 2002 ihre Beratun-

gen über das vom Bundesrat vorgelegte Armeeleitbild definitiv ab; dabei erhielt das Projekt in beiden Kammern eine grosse Zustimmung, und selbst grosse Teile der (armee feindlichen) SP würdigten die Reform als pragmatischen Schritt.

Grundideen

Der Armeebestand wird von heute 360 000 Angehörige auf neu 220 000 Angehörige (davon 80 000 Reserveangehörige) reduziert. Die Rekrutenschule wird je nach Truppengattung für das Gros der neuen Armeeangehörigen neu 21 Wochen dauern und gefestigt in sechs jährlichen Wiederholungskursen zu 19 Tagen. Auch in Zukunft nimmt jeder Armeeangehörige seine per-



Andreas Widmer

sönliche Waffe mit nach Hause. Der modulare Aufbau der neuen Armee sieht für den Einsatz massgeschneiderte Verbände vor, welche durch gebündelte logistische Leistungen effizient unterstützt werden. Durch ein neues System der abgestuften Bereitschaft wird sichergestellt, dass auch die verkleinerte Armee den verschiedensten Bedrohungen zeitgerecht begegnen kann. Da-

bei ist es das Ziel, die reduzierten Bestände mit einem hohen Ausbildungsstand und modernster Bewaffnung zu kompensieren.

Milizprinzip und wirtschaftliche Vorteile

Die neue Armee XXI will die Ausbildung verbessern und die Wirtschaft durch verkleinerte Mannschafts-

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

bestände sowie die Senkung des Wehrpflichtalters personell entlasten. Dabei bleibt die Milizarmee weiterhin bestehen, denn an der Wehrpflicht wird festgehalten. Der Bundesrat wird darauf achten, dass bei den höheren Kommandopositionen ein angemessener Anteil mit Milizoffizieren und Vertretern aller Landessprachen besetzt wird. Gleichzeitige Karrieren in Wirtschaft und Armee sind weiterhin möglich und sinnvoll. Die Armee mit dem designierten neuen Chef der Armee, Korpskommandant Christophe Keckeis (FDP-Mitglied), an der Spitze stehen in den Startlöchern, um die vorgesehenen Neuerungen rasch und mit Engagement in der Praxis

umzusetzen. Dabei werden auch kritische Probleme, wie etwa der ausreichende Bestand an geeignetem Instruktionspersonal, zu lösen sein.

Klares Ja

Der Schritt vom herkömmlichen Massenheer zu den modernen Strukturen des neuen, bedrohungsgerechten Armeemodells ist für die Zukunft einer glaubwürdigen Landesverteidigung von höchster Wichtigkeit. Für die neuen Herausforderungen müssen allerdings auch weiterhin die nötigen finanziellen Mittel, insbesondere bei den Rüstungsbudgets, bereitgestellt werden. Die Armee XXI verdient unsere Unterstützung, weil sie den demographischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen Rech-

Eckwerte der Armee XXI

Bestand: 220 000 Armeeinghörige, unterteilt in 120 000 Aktive, 20 000 Rekruten (ein Jahrgang) und 80 000 Reserveangehörige; Reduktion gegenüber heute: ca. 40%.

Gliederung: Die Bataillone und Abteilungen des Heeres sind in neun Kampfbrigaden zusammengefasst, welche in der Grundstruktur nach regionalen Kriterien zusammengesetzt sind. Die Stäbe von vier Territorialregionen bilden das regionale Bindeglied zu den Kantonen und führen subsidiäre Einsätze. Die Luftwaffe wird zur eigenständigen Teilstreitkraft. Die Ausbildung erfolgt in acht Lehrverbänden des Heeres und drei Lehrverbänden der Luftwaffe. Die Logistikkbasis der Armee unterstützt alle Formationen in Ausbildung und Einsatz.

Rekrutenschule: Die RS beginnt dreimal jährlich in den Kalenderwochen 12, 28 und 45 und dauert je nach Truppengattung

18 oder 21 Wochen. Sofern es die dienstlichen Möglichkeiten zulassen, kann die RS aus beruflichen Gründen in zwei Teilen absolviert werden.

Wiederholungskurs: Nach der RS sind 6 jährlich stattfindende Wiederholungskurse à 19 Tage zu absolvieren. Wer nur 18 Wochen RS leistet, muss dies mit einem zusätzlichen 7. WK kompensieren.

Durchdiener: Durchdiener sind Milizsoldaten, die ihre gesamte Ausbildungsdienstpflicht (300 Tage) freiwillig an einem Stück absolvieren und dabei für sofortige Einsätze zur Verfügung stehen. Ihre Zahl ist auf maximal 15% eines Rekrutenjahrganges begrenzt.

Dienstpflicht: 260 Ausbildungstage (für Soldaten)

Entlassung: Am Ende des 30. Altersjahres (Offiziere je nach Grad bis zum 50. Altersjahr)

nung trägt. Als moderne, massgeschneiderte Lösung erlaubt sie es, un-

sere Eigenständigkeit zu wahren und notfalls auch zu verteidigen. Ein klares

Ja zur Armee XXI ist deshalb die richtige Antwort an der Urne! ■

Die FDP Graubünden und die Kantonsfinanzen

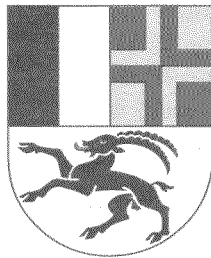
Auf Steuererhöhung kann verzichtet werden

Seit Jahresbeginn beschäftigt sich die FDP Graubünden mit der schwierigen finanziellen Lage des Kantons. Ausgehend von der Budget-Debatte 2003 im vergangenen November wurde durch eine parteiinterne Struktur-Kommission unter der Leitung von Grossrat Rolf Hanimann, Küblis, eine Analyse der finanzpolitischen Situation des Kantons durchgeführt.

Von Silvio Zuccolini,
Pressechef FDP
Graubünden

Diese Analyse dient als Ausgangslage für weitere fraktionsinterne Arbeiten, die klar zum Ziel haben, in Zusammenarbeit mit weiteren interessierten Kreisen Wege und Möglichkeiten

aufzuzeigen, um den Haushalt zu sanieren, ohne dass die Steuern erhöht werden müssen und das Investitionsvolumen reduziert wird. Es soll ein möglichst grosses, aber realistisches Sparpotenzial aufgezeigt werden, das durch kurz- und langfristige Massnahmen zu einer markan-



ten Defizitreduktion führen muss und damit letztlich, zusammen mit andern adäquaten Massnahmen, die Kantonsfinanzen wieder gesunden lässt. Zurzeit werden in verschiedenen Arbeitsgruppen innerhalb der FDP Graubünden alle relevanten Struk-

turen und Leistungen des Kantons intensiv unter die Lupe genommen und die Thematik intensiv diskutiert. Erste Ergebnisse weisen darauf hin, dass ein substanzielles Einsparungspotenzial besteht. Diese Erkenntnisse werden die Grundlage bilden zu einer konstruktiven und konkreten Diskussion mit klaren Standpunkten und Forderungen, mit denen die FDP Graubünden ihren Beitrag zur Lösung der schwierigen Lage leisten will. ■

Impressum

Schweizer Freisinn

25. Jahrgang
Erscheint monatlich in einer beglaubigten Auflage von 70 800 Exemplaren.

Herausgeberin/Redaktion

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz
Redaktion: Ruedi Schläpfer (rus). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.
Postfach 6136, 3001 Bern
Telefon 031 320 35 35
Fax 031 320 35 00
E-Mail schlaepfer@fdp.ch
Internet www.fdp.ch

Inserate

Kretz AG
Verlag und Annoncen
General Wille-Strasse 147
8706 Feldmeilen
Telefon 01 925 50 60
Fax 01 925 50 77
E-Mail
fdp.annoncen@kretzag.ch
Internet www.kretzag.ch

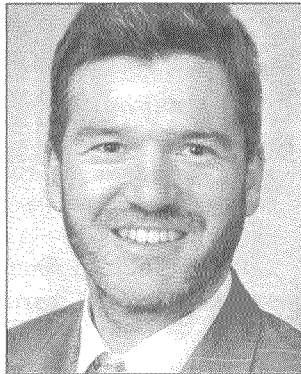
Layout/Druck

NZZ PRINT
Postfach, 8021 Zürich
Telefon 01 258 15 02
Fax 01 258 18 99
ISDN 01 773 11 15
(alle Protokolle)
E-Mail print@nzz.ch
Internet www.nzzprint.ch

Weitere Thurgauer Gemeinde in FDP-Hand

Beat Pretali: Vom FDP-Sekretär zum Gemeindeammann

Die Würfel sind gefallen. Aus einer Kampfwahl um das Gemeindeammannamt der Thurgauer Seegemeinde Altnau ging Beat Pretali als Sieger hervor.



Beat Pretali

Das Martinshaus in Altnau bebte, als der neue Gemeindeammann Beat Pretali gefeiert wurde. Neben der Musikgesellschaft Altnau brachten die Kreuzlinger Guggenmusik «Grenzpföhl» und die «Schlosshüüler» aus Bürglen Stimmung in den Saal. «Für mich geht heute ein lang gehegter Berufswunsch in Erfüllung», bedankte sich Beat Pretali bei den Altnauerinnen und Altnauern für seine glanzvolle Wahl. Er erhalte die Chance, sich

das Vertrauen zu erarbeiten: «Helfen Sie weiterhin mit, das Erreichte zu pflegen, das Machbare anzupacken, das Wünschenswerte mitzugestalten und das Visionäre aktiv mitzudenken.»

Überglücklich zeigte sich denn auch Peter Knüsel von der überparteilichen Ar-

beitsgruppe «Pro Altnau», als er feststellte, «Beat Pretali wird eine positive Stimmung in den Gemeinderat bringen und die bisherige Politik zum Wohle Altnaus weiterführen».

Deutliches Ergebnis

«Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben ihre Wahl getroffen», so SVP-Gemeinderat André Häusler, der neben Gemeinderat auch für das Gemeindeammannamt kandidiert hatte. Allerdings sei er über das deutliche Resultat sehr überrascht. Mit der Wahl von Beat Pretali habe das Volk signalisiert, dass man sehr weltoffen bleiben wolle. Enttäuscht sei er vor allem von seiner eigenen Partei, er sehe



aber keinen Grund, aus der SVP auszutreten, er identifiziere sich mit der Politik der schweizerischen Mutterpartei, und er werde sich auch im Gemeinderat klar positionieren.

«Nun kommt die Zeit der Angewöhnung und der Vertrauensbildung», schaut der noch amtierende Gemeindeammann Hansjörg Litscher in die Zukunft. Wenn nötig werde er dem neuen Gemeindeammann natürlich mit Rat und Tat

zur Seite stehen. André Häusler sei seiner Einschätzung nach ein sehr fairer Verlierer, und er sei überzeugt, dass sich Beat Pretali im Gemeinderat auf ihn verlassen könne.

Sekretär bis Ende April

Bei der FDP-Geschäftsstelle ist er noch bis Ende April beschäftigt. «Im Mai habe ich dann Zeit für den Umzug, sofern ich für mich und meine Familie etwas zum Wohnen finde.»

Der «Schweizer Freisinn» und die Kantonalsekretäre der übrigen Kantone gratulieren Dir, lieber Beat, zu Deiner Wahl und freuen sich, wenn dieser Trend bei der Besetzung von Gemeindepräsidien anhält. ■

Innovation Schweiz

Buchbesprechung

Beschäftigung und Wohlstand am Standort Schweiz hängen von einer leistungsfähigen, wissensbasierten Wirtschaft mit hoher Wertschöpfung pro Kopf ab.

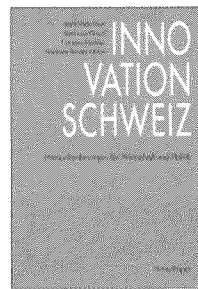
Diese muss im internationalen Wettbewerb der Innovationen erfolgreich sein. Dazu kann und muss die nationale Politik einen wesentlichen Beitrag leisten.

Wie innovativ sind die Unternehmen in der Schweiz? Wie können Innovationsleistungen in der Schweiz

gestärkt werden, und was müssen wir tun, um innovative Unternehmen zu halten oder in unser Land zu holen? Die Autoren beantworten diese Fragen anhand aktueller Untersuchungen. Sie kommen zu pointierten Bewertungen und handfesten Empfehlungen. Diskutiert werden die Leistungen der Wirtschaft, die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die Leistungen des Bildungs- und des Wissenschaftssystems sowie der Wissens- und Technologietransfer zwischen diesen.

Welche Hemmnisse werden Unternehmensgründern in den Weg gelegt, und was kann das Bildungssystem für die «Gründungsmotivation» tun?

Innovative Unternehmen setzen die «Innovation Schweiz» voraus! Dafür benötigen wir eine kohärente Innovationspolitik: Politische Handlungsschwerpunkte liegen dort, wo es um die Unterstützung von Wissensgenese und -vermittlung beziehungsweise um die Förde-



derung derjenigen Institutionen

geht, die in diesen Bereichen aktiv sind. Die Autoren zeigen aber, dass viele der in der Öffentlichkeit diskutierten Lösungsvor-

schläge bei genauerer Betrachtung gar keine solchen sind: Welche innovationspolitischen Folgerungen ergeben sich tatsächlich aus den Ergebnissen der PISA-Studie oder

der Entwicklung der Absolvierungszahlen in den Studienfächern? Welche Aufgaben und Herausforderungen sind in der Kommission für Technologie und Innovation (KTI) zu bewältigen, wenn innovative Unternehmen in der angewandten Forschung gefördert werden sollen? Was können wir diesbezüglich wirklich von anderen Ländern lernen? Die Autoren plädieren für eine unspektakuläre, aber wirkungsvolle Innovationspolitik. ■

Beat Hotz-Hart, Barbara Good, Carsten Küchler, Andreas Reuter-Hofer
Innovation Schweiz

Herausforderungen für Wirtschaft und Politik
168 Seiten/br., mit 22 farbigen Grafiken und 12 Tabellen (Jan. 2003), ISBN 3-7253-0734-2, Fr. 38.–

neu

PASCAL COUCHEPIN

Ich glaube an die Politik

GESPRÄCHE MIT JEAN ROMAIN
VORWORT VON PETER BODENMANN

VERLAG NEUE ZÜRCHER ZEITUNG

«In Pascal Couchepin finden wir eine Persönlichkeit, die ihre Bezugspunkte in der Geschichte und bei den grossen Denkern sucht, um die Zukunft in kreativer Weise anzupacken.»

Jean Romain

Seit 1998 ist Pascal Couchepin Schweizer Bundesrat. In lebhaften Gesprächen mit dem Schriftsteller und Philosophen Jean Romain gibt er hier Einblick in seine politische Weltanschauung und sein Menschenbild. Er nimmt Stellung zu den grossen sozialen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts: das Verhältnis der Schweiz zur Europäischen Union, der Dialog mit anderen Zivilisationen und Religionen, die Einwanderung, der technische Fortschritt, die Zukunft der Sozialversicherungen, die Problematik der demographischen Entwicklung, die Globalisierung und vieles andere mehr. Pascal Couchepin spricht auch über seine persönlichen Hoffnungen und Ängste. Und er beantwortet alle Fragen, welche die Schweizer Bürger dem Bundespräsidenten des Jahres 2003 gerne selbst stellen möchten.

Pascal Couchepin – Ich glaube an die Politik

Gespräche mit Jean Romain
192 Seiten, Abb., Format 15,5 x 22,5 cm, broschiert, Fr. 28.–

Jean Romain. Philosoph, Publizist und Buchautor. In seinen Werken geht er den grossen Fragen und Illusionen unserer Epoche nach: «La Dérive émotionnelle», «Le Temps de la déraison», «Lettre ouverte à ceux qui croient encore en l'école».

Bestellung

Bitte senden Sie mir mit Rechnung:

___ Expl. **Pascal Couchepin – Ich glaube an die Politik**

Name _____

Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Datum/Unterschrift _____

Neue Zürcher Zeitung, Buchverlag
Postfach, 8021 Zürich
Telefon 01 258 15 05, Fax 01 258 13 99
www.nzz-buchverlag.ch

Erhältlich in jeder Buchhandlung

Fortsetzung von Seite 5

fahrens eingeführt und durchgesetzt werden.

■ Bei der Verfügung sogenannter Betretungsverbote (Eingrenzungen und Ausgrenzungen) sollte nur noch ein ausserordentliches Rechtsmittel (Rechtsverweigerungsbeschwerde) möglich sein. Die Menge der Rechtsmittel im Asylverfahren ist generell zu überprüfen.

■ Die Anordnung der Ausschaffung setzt heute den Nachweis voraus, dass die Behörden Aussicht auf die Klärung der Identität der inhaftierten Person haben und dass die Wegweisung demnach auch tatsächlich vollzogen werden kann. Eine Standesinitiative des Kantons St. Gallen verlangt, dass Haft auch dann angeordnet werden kann, wenn die angegebene Identität falsch ist oder wenn die Mitwirkung bei der Papierbeschaffung verweigert wird.

■ Asylsuchende, die bei der Identitätsfeststellung mit den Behörden zusammenarbeiten, sollen einen erleichterten Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Das dabei verdiente Einkommen soll als Starthilfe für die Rückkehr ins Heimatland verwendet werden.

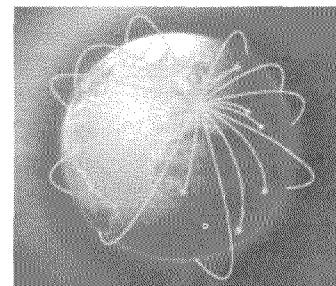
Daneben sollen insbesondere mit den afrikanischen Staaten weitere Rückübernahmeabkommen abgeschlossen werden. Dabei muss die Schweiz vermehrt lernen, ihre eigenen Interessen in den Vordergrund zu stellen. Auch sollten wir die laufende Asyl-

und Ausländerrechtsrevision als Chance für eine offene Debatte über unsere fehlende Zuwanderungspolitik nutzen. Es stimmt nachdenklich, dass die meisten Flüchtlinge, die in unser Land kommen, letztlich Arbeit suchen. Angetrieben von der Hoffnung, dass sie schliesslich ihr Ziel erreichen, durchlaufen sie zahlreiche Verfahren und ergreifen jedes ihnen mögliche Rechtsmittel. Unser Staat wendet Millionen auf, ohne dass er die Spielregeln der Zuwanderung halbwegs diktieren kann. Die Frage, ob eine streng geregelte Zuwanderung für Menschen ausserhalb der EU den Asylbereich entlas-

ten könnte, muss erlaubt sein und auf dem Hintergrund der Beispiele Kanadas und Australiens vertieft diskutiert werden. Die Schweiz muss lernen, die Zuwanderung vermehrt auf ihre Bedürfnisse auszurichten. Eine differenzierte Zuwanderungspolitik würde letztlich auch eine konsequentere Missbrauchsbekämpfung im Asylbereich erlauben. ■

Anzeige

**Integrale Gesamtlogistik:
Die nahtlose Vernetzung aller Logistikmodule beherrschen wir perfekt.**



Integrale Gesamtlösungen für sämtliche Speditions-, Transport-, Verzollungs-, Verpackungs- und Lageraufgaben auf unabhängiger Basis.

Wir werden auch Sie mit unserer Kompetenz, unserer Professionalität und unserem Engagement begeistern.

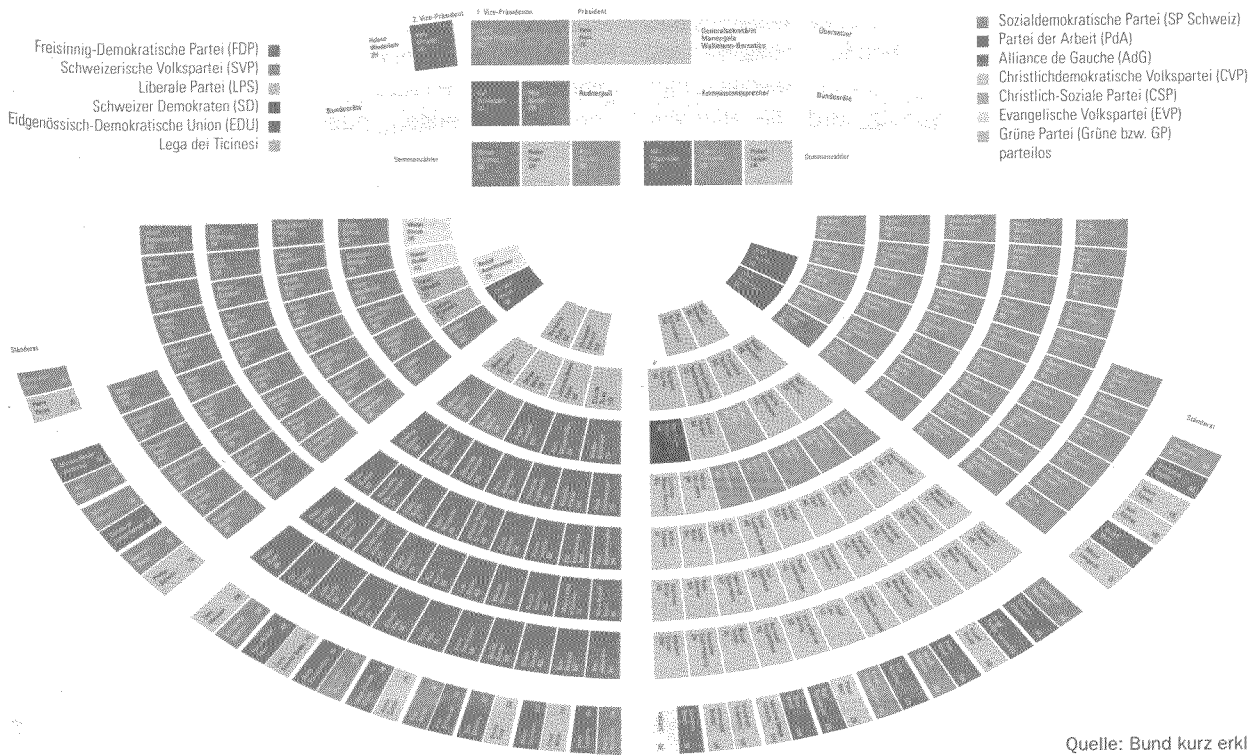
Logistik, die begeistert!

Georg Fischer Speditionslogistik AG
Solenbergstrasse 5, CH-8201 Schaffhausen
Tel. +41 (0)52 631 36 09
Fax +41 (0)52 631 28 51
e-mail: info@spedlog.georgfischer.ch
www.spedlog.georgfischer.ch

GEORG FISCHER +GF+

Von Piloten und Bremsern

Die Schweiz nach der Legislatur am Tabellenende



Quelle: Bund kurz erklärt.

Wurde auf allen Plätzen das erreicht, was versprochen wurde?

Im Sport wird am Ende der Saison abgerechnet, in der Politik zum Ende der Legislatur. Im Sport geht es um einen Platz an der Tabellenspitze, in der Politik um die Zukunft des Landes. Was wurde in den vergangenen Jahren für diese Zukunft getan? Was wurde bewegt?

Von FDP-Presseschef
Christian Weber



Christian Weber

tersport geradezu auf. Nehmen wir das Beispiel Bob. Ganz vorne sitzt der Pilot, hinter ihm die Mannschaft. Ziel ist es nun, möglichst rasch den Eiskanal runterzufahren, und dazu braucht es mehr als einen guten Steuermann. Es braucht eine Mannschaft, die mithilft, den

Schlitten auf Kurs zu halten. Wenn aber die Crew vom Start weg die Bremsen anzieht, dann kommt auch der beste Pilot nie ans Ziel, und im schlimmsten Fall überschlägt sich der Bob gar. Die Schweiz steht zurzeit gewissermassen im Eiskanal und kriecht im Schnecken-tempo vorwärts, denn die Hintermannschaft hat die Handbremse angezogen.

Wenig Vorzeigbares

Die Erfolge, welche die Schweiz seit 1999 erzielt hat, sind schnell aufgezählt. Da wären einmal der Abschluss der bilateralen Verhandlungen und der Uno-Beitritt. Die Schweiz hat damit den Anschluss

an Europa nicht ganz verpasst und kann auf der Weltbühne endlich dort stehen, wo sie hingehört, nämlich selbstbewusst im Rampenlicht. Diesen Erfolg hätten die Bremsler aber beinahe zunichte gemacht. Mit der Einführung der Fristenregelung ist es gelungen, eine tabuisierte und demagogisierte Frage endlich zu lösen. Die betroffenen Frauen (und Männer) werden ernst genommen. Sie tragen die Verantwortung, wie dies für einen freiheitlichen Staat selbstverständlich ist. Der Staat kann ihnen die Verantwortung nicht abnehmen. Die Bremsversuche konservativer Kreise sind hier gescheitert.

Bremsklötze

Nicht vom Fleck kommt das Schweizer Wachstum. Die Bremsler zur Linken blockieren dringend notwendige Steuersenkungen. Nach dem Motto: «Weshalb selber Verantwortung tragen, wenn wir uns beim Staat bedienen können», wird die Schweiz blockiert. Und diese Bremspolitik kann nicht selten auf die Hilfe von rechts zählen. Anstatt an konkreten Lösungen mitzuarbeiten, profiliert man sich lieber lautstark mit unpraktikablen Propagandafeldzügen. So blockiert man die Asylpolitik, die Europapolitik und auch die Sozialpolitik. Das ist – um beim Beispiel zu bleiben – so, als ob man den Bob mitten in der Bahn zum Stillstand bringt, aufsteht und, mit den Armen wild um sich fuchtelnd, laut zu brüllen beginnt. Das macht zwar grossen Lärm, bringt aber keine Bewegung in den Schlitten.

Harte Arbeit

Es braucht einen gewissen Mut, sich vorne ans Steuer zu setzen und die Verantwortung für den Schlitten zu übernehmen. Die FDP hat diesen Mut und will auch in Zukunft die Verantwortung dafür übernehmen, dass die Schweiz auf Kurs bleibt und vorwärts kommt – allen Bremsern zum Trotz. Denn die Schweiz hat Besseres verdient als eine Hintermannschaft, die wie besessen am Bremsknüppel zieht. Die Schweiz gehört an die Spitze, nicht ans Ende der Tabelle.

«Krieg und Frieden»

Erfolgreiche Thementagung der FDP Frauen in Aarau

Am 8. März – dem «Tag der Vereinten Nationen für die Rechte der Frau und den Weltfrieden» – haben sich die FDP Frauen zur jährlichen Generalversammlung sowie zur Thementagung «Krieg und Frieden» in Aarau getroffen.

*Von Barbara Perriard,
Projektleiterin
Kommunikation,
FDP Schweiz, Bern*

Dank der grossartigen Organisation von Vally Stäger, Präsidentin der FDP Frauen Aarau, und ihren Helferinnen wurde der Anlass zu einem gut besuchten und gelungenen Event.

Sicher in die Zukunft

Im Anschluss an interessante Impulsreferate von

Botschafter Phillippe Welti (VBS), Nationalrätin Maya Lalive d'Epinay (SZ) sowie der St. Galler Regierungsrätin Karin Keller-Sutter wurde einstimmig die Resolution «Sicher in die Zukunft» verabschiedet. Die FDP Frauen bekennen sich darin zum Grundsatz der Neutralität. Bei kriegerischen Auseinandersetzungen soll die Schweiz aber militärische Überflüge bei Vorliegen eines UNO-Mandats von Fall zu Fall bewilligen können. Im Weiteren sagen die FDP Frauen Ja zur Armee XXI sowie zur Reform des Bevölkerungsschutzes am 18. Mai 2003. Mit der Neuausrichtung der Armee orientiert sich die Schweiz an der gegenwärtigen Bedrohungslage. Gleichzeitig wird den geänderten familiären und wirtschaftlichen Bedürfnis-

sen besser als bisher Rechnung getragen. Mit dem neuen Bevölkerungsschutz wird die Hilfeleistung zugunsten der betroffenen Bevölkerung noch effizienter gewährleistet. Schliesslich fordern die FDP Frauen in ihrer Resolution einen verbesserten Schutz vor häuslicher Gewalt. Die FDP Frauen wollen in den Kantonen aktiv werden, dass analog zum St.-Galler-Modell in allen Kantonen die gesetzlichen Grundlagen für wirksame polizeiliche Interventionsmittel bei Gewalttätigkeiten innerhalb von Wohngemeinschaften geschaffen werden.

Keine Chance für Gesundheitsinitiative

Einstimmig wurde die Nein-Parole zur Gesundheitsinitiative vom 18. Mai be-

schlossen. Nationalrätin Christine Egerszegi vermachte die FDP Frauen davon zu überzeugen, dass die Initiative reine Augenschweerei ist und nichts zur Lösung der Probleme in der Gesundheitspolitik beiträgt. Vielmehr wird ein Schwarz-Peter-Spiel betrieben. Die Initiative ist gefährlich, weil die Kosten nicht gesenkt werden, sondern über falsche Anreize die Mengenausweitung auch in Zukunft gefördert und damit die Kostenspirale im Gesundheitswesen fahrlässig weiter in die Höhe getrieben wird. Die FDP Frauen setzen demgegenüber auf rasche Reformen im Rahmen der KVG-Revision. Sie fordern Bundes-

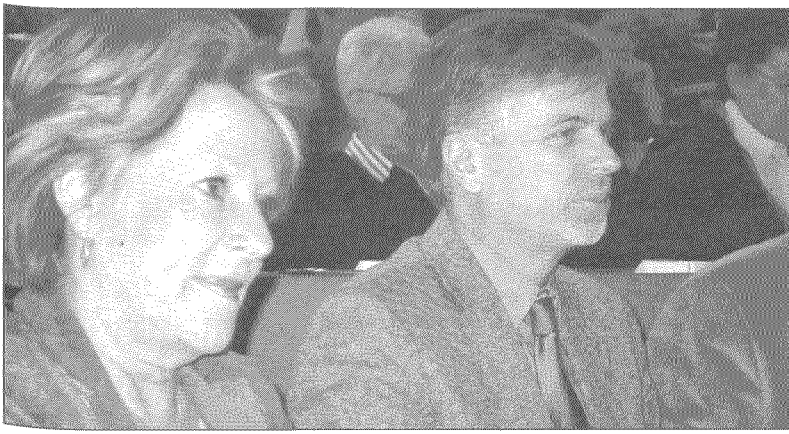
rat und Parlament auf, den vom überparteilichen Gesundheitsrat unter Leitung von Ständerätin Christine Beerli aufgezeigten Weg zu folgen und die erarbeiteten Massnahmen wie beispielsweise die Förderung ärztlicher Netzwerke in der KVG-Revision umzusetzen.



Eine strahlende Vally Stäger. Die Organisatorin der Frauen-DV in Aarau hat alles unternommen, dass es wie am Schnürchen klappt.



Ein eindeutiges Resultat: Einstimmig wurde die Gesundheitsinitiative, welche am 18. Mai zur Abstimmung gelangt, abgelehnt.



Für FDP-Präsidentin Christiane Langenberger und den Aargauer Kantonalpräsident Herbert Scholl war es ein erfreulicher Anlass.



Doris Stump (rechts) war gegen die Argumente von Christine Egerszegi chancenlos.



Sowohl die Präsidentin der FDP Frauen, Marianne Dürst, als auch...



... die Präsidentin der FDP Schweiz fühlten sich wohl mit einer starken Frauschaft im Rücken.



Sowohl die Schwyzer Nationalrätin Maya Lalive d'Épinay...



... als auch Botschafter Philippe Welti trugen mit ihren Referaten zum hohen Niveau des Anlasses bei.



Die junge Sängerin und ihre beiden Begleiter brachten eine andere Note in den politischen Alltag.



Vally Stäger (links), die federführende Organisatorin des gelungenen Anlasses, und Barbara Perriard, Projektleiterin Kommunikation, besprechen noch die letzten Details.

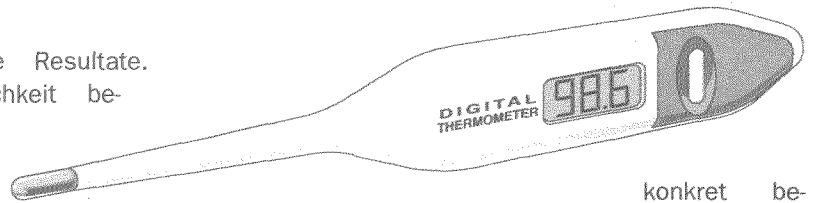
Verschleppungstaktik bei den Krankenkassenprämien

Die FDP will rasche Lösungen anstatt Wahlkampfparolen

Die sogenannte Prämien-senkungsinitiative nimmt zahlreiche Vorschläge der FDP zur Reform des Gesundheitswesens auf. Mit dem Umweg über die Initiative werden aber die dringend benötigten Reformen auf die lange Bank geschoben. Anstatt Wahlkampfparolen will die Bevölkerung rasch Resultate sehen.

- Anheben der Franchise (auf Fr. 400.– p. a.) und des Selbstbehalts bei geringfügigen Leiden (bis zu einem Plafond von beispielsweise Fr. 1000.– p. a.) zur Stärkung der Selbstverantwortung bei den Versicherten.
- Bessere Transparenz für die Versicherten und entsprechende Information

aber rasche Resultate. Eine Möglichkeit besteht dazu bei der Revision des Krankenversicherungsgesetzes. Die FDP hat sich hier vehement für die freisinnig geprägte Lösung auf der Linie des Ständerats eingesetzt und die untaugliche Version des Nationalrats klar abgelehnt.



Dem Original abgeschrieben

Während einige Teile der Initiative auf Vorschlägen der FDP beruhen, sind andere derart unkonkret, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die Katze im Sack kaufen müssen. So wird beispielsweise eine Neudefinition des Leistungskatalogs gefordert. Was dies

konkret bedeutet, wird nicht erwähnt. Die SVP getraut sich also nicht zu sagen, wo der Rotstift anzusetzen wäre. Gänzlich ausgeklammert wird bei der Initiative die Bedeutung der Selbstverantwortung der Versicherten. Gerade diese ist aber angesichts der Mengenausweitung im Gesundheitswesen von zentraler Bedeutung.

Kostenspirale auf Gesetzesebene bremsen

Die FDP wird den pragmatischen Weg gehen und im Rahmen der parlamentarischen Beratung die Kostenspirale im Gesundheitswesen auf Gesetzesebene bremsen. Dass hier rascher Handlungsbedarf besteht, ist unbestritten. Aus diesem Grund bekämpft die FDP zusammen mit allen bürgerlichen Kräften die Gesundheitssteuer-Initiative der SP, welche das ungebremste Wachstum der Kosten im Gesundheitswesen weiter ankurbelt und zu einer massiven Erhöhung der Steuern führen würde. ■

Die SVP streut der Bevölkerung mit dem Titel der Volksinitiative Sand in die Augen. Eine Prämien-senkung wird mit den vorgeschlagenen Massnahmen nicht zu erreichen sein.



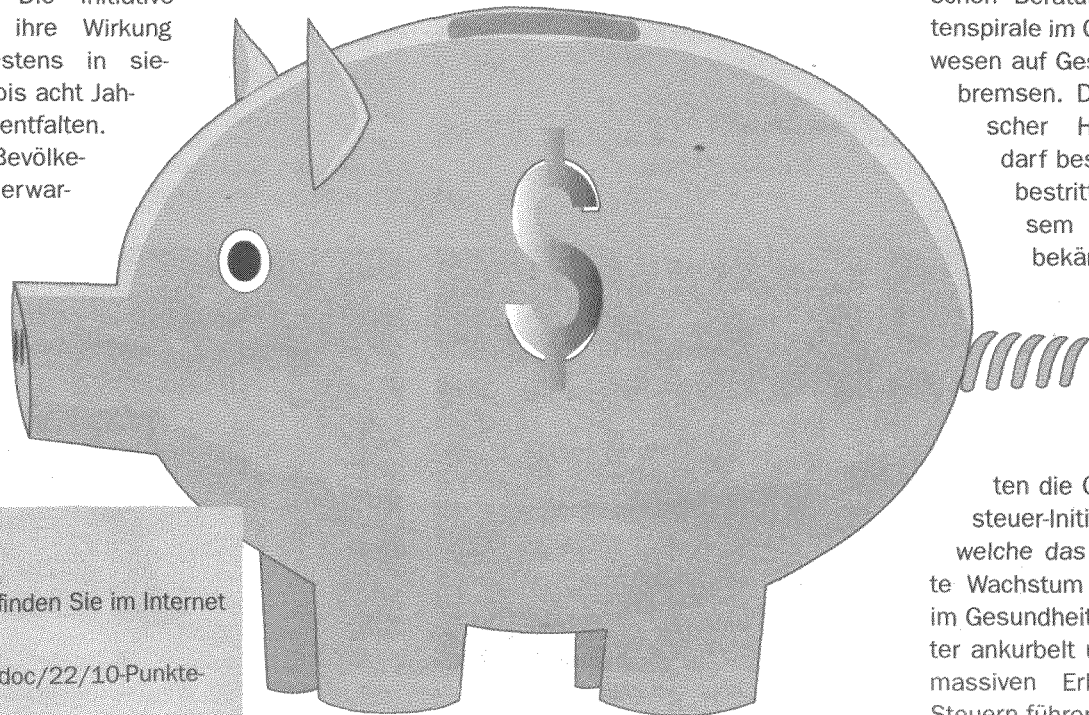
Auf die lange Bank schieben

Mit ihrer Initiative nimmt die SVP diese Forderungen zum Teil auf, allerdings werden die notwendigen Reformen gleichzeitig auf die lange Bank geschoben. Die Initiative wird ihre Wirkung frühestens in sieben bis acht Jahren entfalten. Die Bevölkerung erwartet

FDP-10-Punkte-Programm

Bereits vor einem Jahr hat die FDP ein 10-Punkte-Programm für nachhaltige Reformen im Gesundheitswesen lanciert, welche die Kosten dämpfen werden. Dieses Programm enthält unter anderem:

- Einführung der Vertragsfreiheit
- Rechtliche Verselbständigung der Spitäler



Hinweis

Das 10-Punkte-Programm der FDP finden Sie im Internet unter:

<http://www.fdp.ch/mandant/files/doc/22/10-Punkte-Programm.pdf>

Ruedi Noser ist FDP-Vizepräsident

Der Freisinn im Gespräch mit dem 42-jährigen Unternehmer aus Hombrechtikon

Nach der Bekanntgabe von FDP-Präsidentin Christiane Langenberger anlässlich der DV in Zürich, dass die Neuenburger Ständerätin Michèle Berger-Wildhaber ihre Kandidatur zurückgezogen hat, befanden sich noch die drei Männer SR Rolf Schweiger ZG, KR Ruedi Noser und der Präsident der Jungfreisinnigen, Daniel Helfenfinger, im Rennen um das Vizepräsidium der FDP Schweiz.

Freisinn: Zu Beginn Ihrer Vorstellung haben Sie den Delegierten die Frage gestellt, ob Ihre wirtschaftliche Tätigkeit ein Risiko für die FDP bedeutet. Provozieren Sie gerne?

Ruedi Noser: Ja. Es ging mir aber auch darum, den Delegierten bewusst zu machen, dass ich ein Risiko bin. Denn unternehmerisches Handeln beinhaltet nicht nur Chancen, sondern immer auch Risiken.

Sie lieben also das Risiko?

Als Eigentümer eines Unternehmens trage ich das Risiko erstens mit meinem eigenen Geld, und zweitens habe ich damit in den letzten 18 Jahren fast 200 Arbeitsplätze geschaffen.

Sie bezeichnen sich auch als Brückenbauer. Wo ist dieser Brückenschlag zu erwarten?

Zwischen der Wirtschaft und der Politik. Es ist für mich als Unternehmer selbstverständlich, dass ich mich in der Politik en-

gagiere, denn die Politik trägt die Verantwortung dafür, dass das Zusammenleben funktioniert. Und nur in einer funktionierenden Gesellschaft kann ich – können Unternehmen – wirtschaftlich erfolgreich sein.

Verdeutlichen Sie diesen «Brückenbauer» etwas.

Ich bin ein Brückenbauer im praktischen Sinn. Ich kenne die Auswirkungen und Probleme des BVG oder der Mehrwertsteuer aus meinem täglichen Leben. Ich weiss, wie sich das neue Aktienrecht auf meine Firma ausgewirkt hat. Ich spüre, ob der Schweizer Franken stark oder schwach ist, bei jeder Rechnung, die ich stelle. Und ich kann aufzeigen, wo die bilateralen Verträge uns Hilfe sind und wo wir nach wie vor Probleme im Verkehr mit der EU haben.

Wo sehen Sie die Schwerepunkte Ihres Tuns in der Politik?

Ich werde mich, wie bereits heute im Kantonsrat, für einfache und verständliche Lösungen einsetzen, ohne x-hundert Ausnahmerege-



Ruedi Noser

lungen. Ich, und mit mir die meisten Unternehmer, möchte nicht immer hilflos komplexen Regelungen gegenüberstehen, die nur mit Experten und Beratern zu lösen sind.

Also Klarheit in Politik und Wirtschaft?

Ich kann glaubwürdig für unsere freisinnigen Wirtschaftspolitiken eintreten und möchte einer anonymen Wirtschaft ein Gesicht geben.

Wenn die FDP die massgebende Partei bleiben will, reicht es aber nicht, nur kompetente Wirtschaftspolitik zu machen. Wo bleibt ihre Familien- und Gesellschaftspolitik?

Ich muss hier zugeben (schmunzelt), dass mich

meine Frau ab und zu daran erinnert, dass ich auch Ehemann und Vater bin. Ich kenne die Forderungen und Überforderungen, die immer mehr auf die Familien zukommen. Die Familie ist aber auch ein Teil dieser Gesellschaft. Dafür braucht es eine freisinnige Gesellschaftspolitik. Oder noch deutlicher: «Für eine starke Zukunft braucht unsere Gesellschaft eine freisinnige Revolution.»

Sie glauben also, dass nur mit starken freisinnigen Ideen die Verstaatlichung der Gesellschaft verhindert werden kann?

Genau. Ich habe mir zum Ziel gesetzt, zusammen mit kreativen Köpfen innerhalb des Freisinns, mich für die Erarbeitung eines

freisinnigen Gesellschaftsmodells als Antwort auf die Probleme des dritten Jahrtausends einzusetzen.

Sie sind offensichtlich motiviert, für freisinnige Ideen einzustehen?

Ja. Die freisinnige Idee hat die Schweiz stark gemacht. Kämpfen wir gemeinsam mit Lust und Emotion für mehr Freisinn in der Schweiz! Das Interview mit dem neuen Vizepräsidenten der FDP Schweiz führte Ruedi Schläpfer.

Maya Lalive d'Epinau neues Mitglied der Geschäftsleitung



Anlässlich der DV in Zürich wurde die Schwyzlerin Maya Lalive d'Epinau in die Geschäftsleitung der FDP Schweiz gewählt. Auf die in Bäch wohnhafte Nationalrätin entfielen alle abgegebenen Stimmen.

Vizepräsidentenwahl stand im Vordergrund

Im Schiffbau des Schauspielhauses Zürich wurde die freisinnige Familie aus der ganzen Schweiz vom Zürcher Kantonalpräsidenten Markus Hess, von Regierungsrätin Dorothee Fierz und Parteipräsidentin Christiane Langenberger begrüsst. Die Wahl des Vizeprä-

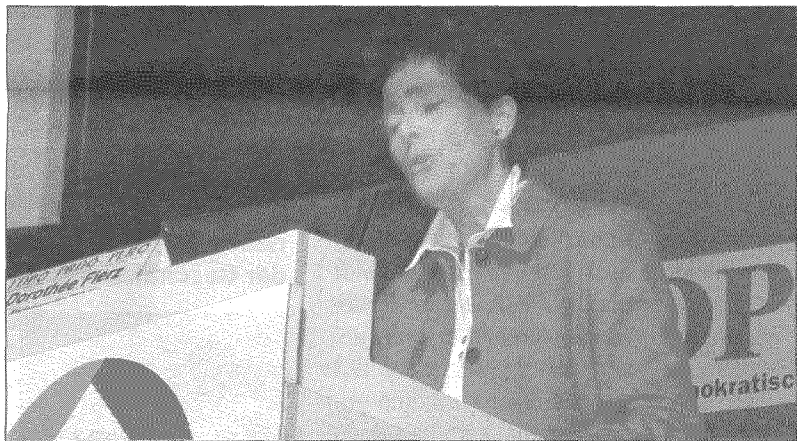
sidenten erfolgte im zweiten Wahlgang. Bevor die beiden Nationalräte Franco Cavalli, SP, und Felix Gutzwiller, FDP, die Klängen zur Gesundheitsinitiative kreuzten, wurden die statutarischen Geschäfte erledigt.



Vor dem Schiffbau zogen zwei «aufgeblasene» FDP-Männer die Aufmerksamkeit auf sich.



Im Innern der Halle nutzte Bettina Fischer vom Zürcher Sekretariat jede Gelegenheit, dass ihre Regierungskandidaten höher gehängt wurden.



Regierungsrätin Dorothee Fierz nutzte die Gelegenheit, vor den zahlreich erschienenen Medienleuten ein Grusswort an die Delegierten zu richten.

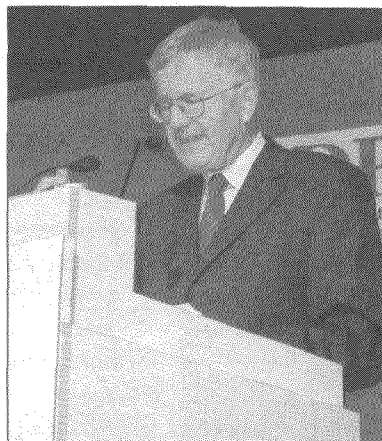


FDP-Vizepräsidentin Marianne Kleiner moderierte die Kandidatenvorstellung für das Vizepräsidium in gekonnter und charmanter Art.



Zwischen dem ersten und dem zweiten Wahlgang stärkten sich die Kandidaten mit einem Kaffee.

Bilder rus



Während BR Kaspar Villiger deutlich machte, dass Sparmassnahmen allein nicht genügen, die Finanzen im Gleichgewicht zu halten...



... wartete SP-Nationalrat Franco Cavalli geduldig auf seinen Auftritt, in welchem er die Klinge mit Nationalrat Felix Gutzwiller kreuzte.

Am Samstag klares Ja zur Wahlplattform

7 nein zu den Initiativen und ja zu Armee XXI/Bevölkerungsschutz



Während sich der neue Vizepräsident, Ruedi Noser, mit Zürcher Parteikolleginnen unterhielt...



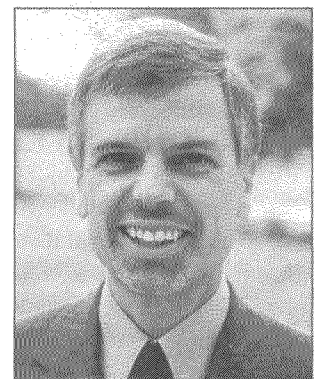
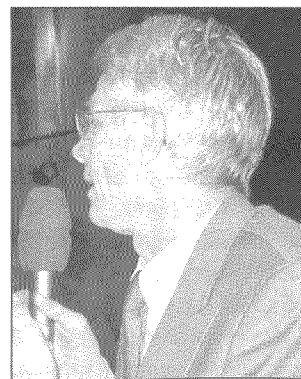
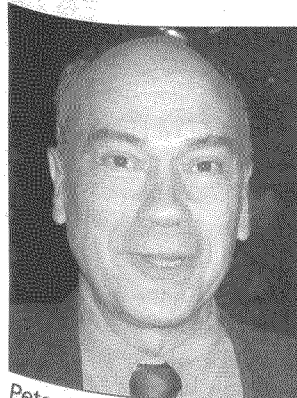
... war Nationalrat Erich Müller, nach der Verabschiedung einer Resolution gegen eine Erbschaftssteuer, für die Medien ein gefragter Mann.



Der Solothurner Nationalrat Rudolf Steiner fand die richtigen Worte, damit die beiden Atominitiativen klar abgelehnt wurden.



Nationalrat Karl Tschuppert, Ettiswil LU, machte sich für die Armee XXI stark.



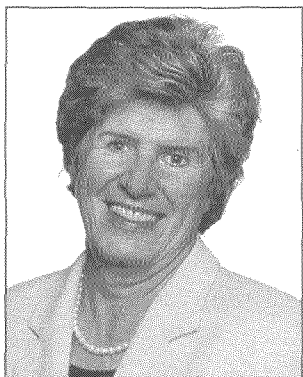
Peter Briner SH, Christa Markwalder BE, Fulvio Pelli TI, Yves Christen VD und Herbert Scholl AG waren engagierte Diskussionsteilnehmer.

Bilder rus

Die eine radikal und die andere unehrlich

Zu den zwei Atom-Ausstiegs-Initiativen

Die beiden Initiativen wollen den bewährten Schweizer Strom-Mix, der im Landesdurchschnitt zu 60 Prozent aus erneuerbarer Wasserkraft und zu 40 Prozent aus Kernenergie besteht – in der Zentralschweiz ist im Winter die prozentuale Verteilung eher umgekehrt – durch Experimente und mit viel guter Hoffnung ersetzen.



Helen Leumann-Würsch

Von FDP-Ständerätin
Helen Leumann-Würsch,
Meggen (LU)

Selbstverständlich ist es richtig, immer wieder Fragen zur friedlichen Nutzung der Kernenergie in der Schweiz zu stellen und eine intensive Diskussion über die Vor- und Nachteile dieser erprobten Technologie zu führen.

Hingegen bin ich überzeugt, dass der mit den Initiativen propagierte Ausstieg aus der Kernenergie der falsche Weg ist. Beide Begehren führen nämlich unmittelbar

- zu einer grösseren Abhängigkeit vom Ausland,
- zu einer grösseren Belastung der Luft,
- zu einem immensen Landverbrauch,
- zu höheren Kosten für Wirtschaft, Haushalte und Konsumenten.

Die radikale Initiative «Strom ohne Atom» verlangt eine rasche Stilllegung der Kernkraftwerke. 2005 müssten Beznau 1 und 2 sowie Mühleberg

vom Netz gehen. Dies würde einer Stromlücke von 13 Prozent entsprechen. Gösgen müsste 2009 und Leibstadt bis 2014 stillgelegt werden. Innerhalb von nur zehn Jahren müssten also – ohne die Verbrauchssteigerung zu berücksichtigen – 40 Prozent unserer Stromproduktion ersetzt werden. Dass dies eine wirtschaftliche Rosskur mit den entsprechenden Folgekosten für unser Land ist, liegt auf der Hand.

Funktionierende Kraftwerke, die in der Schweiz sehr sorgfältig betrieben werden und gerade in der jetzigen Phase ihrer Lebensdauer günstigen Strom liefern, würden ohne Rücksicht auf Verluste stillgelegt. Das ist eine Kapitalvernichtung sondergleichen.

Selbstverständlich wird auch der Aufbau der Ersatzkapazitäten sehr teuer und kann sicher nicht in der notwendigen Zeit realisiert werden, wenn man bedenkt, mit welchen Schwierigkeiten heute der Bau eines neuen Kraftwerkes zu kämpfen hat, selbst

wenn es sich um ein Wasserkraftwerk handelt. Ich möchte hier an die Verhinderung des Baus des Kraftwerkes Greina erinnern. Der Stromverbrauch müsste bei Annahme der Initiative mit staatlichen Eingriffen gesteuert werden, oder aber wir importieren die fehlende Energie. Immerhin ist die Initiative hier ehrlich, indem sie für den Ersatz der Kernenergie nichtnukleare Energien vorschreibt und bei fossilbetriebenen Anlagen die Wärmenutzung zwingend ist. Teuer werden selbstverständlich auch diese Anlagen, und sie belasten unsere Luft zusätzlich mit CO₂.

Auch ein Ausweg über Windenergie, Photovoltaik oder Biomasse ist eine Illusion, machen sie doch heute ganze 0,03% an der gesamten Stromproduktion aus. Das liegt nicht an der mangelnden Förderung, sondern an den hohen Erzeugungskosten und an mangelndem Potenzial.

Die Initiative «Moratorium Plus» ist zwar moderater, sie entspringt jedoch dem gleichen Geist. Sie will die Nutzung der Kernenergie in der Schweiz willkürlich auf 40 Jahre beschränken und die notwendigen langfristigen Investitionen mit Abstimmungshürden und dem Verbot von Leistungserhöhungen für bestehende Anlagen verunmöglichen.

Mit dem Moratorium von 1990, das nur den Bau neuer Kernkraftwerke be-

traf, hat die Initiative nichts zu tun.

Das Moratorium Plus enthält nicht nur einen Baustopp, sondern greift in den sicheren Betrieb der bewährten fünf Schweizer Kernanlagen ein. Zudem ist die Initiative unehrlich. Denn sie verlangt zwar die Deklaration von Strom, lässt aber den Import von Atomstrom oder x-beliebigem fossilem Strom aus dem Ausland zu. D. h., die Verantwortung und auch die Belastung werden ins Ausland abgeschoben. Mir ist es ehrlich gesagt lieber, wenn die Atomkraftwerke sicher in der Schweiz weiter betrieben werden.

Auch das Moratorium Plus verhindert massive staatliche Eingriffe in die Energiepolitik nicht. Neue Steuern sind dabei vorprogrammiert.

Der billigste Ersatz der Schweizerischen Kernkraftwerke wären moderne Gaskraftwerke. Deutlich teurer sind die von der Initiative «Strom ohne Atom» geforderten Wärmekraftkoppelungsanlagen (WKK-Anlagen). Am teuersten die erneuerbaren Energien Photovoltaik, Wind und Biomasse. Realistisch sind im Grunde nur mit Gas oder Öl befeuerte Kraftwerke. Der forcierte Einsatz von Wind und Sonne ist lediglich sehr beschränkt möglich, denn beide Energieträger liefern nur unregelmässig Strom. Die volle Leistung steht nur beschränkt zur Verfügung. Während der übrigen Zeit müssten zusätzliche Ersatzkraftwerke

den fehlenden Strom liefern. Auch in diesem Fall käme der grösste Teil aus Gas befeuerten WKK-Anlagen.

Für welche Variante man sich auch entscheidet, die Kosten für die Umrüstung tragen schlussendlich immer die Konsumenten. Zusätzliche Umweltbelastungen und ein zusätzlicher Landverbrauch wären weitere Folgen.

Aber auch die Importszenarien bringen grosse Preisschwankungen mit sich. Denn jene Länder, die heute schon einen hohen Anteil Erdöl und Erdgas an der Stromerzeugung haben, sind wesentlich von der Preisentwicklung der fossilen Brennstoffe auf dem Weltmarkt betroffen. Der Vorteil von Atomstrom ist, dass die Produktionspreise berechenbar sind.

Die Kosten sinken kontinuierlich, je länger ein Werk betrieben wird. Die Kosten für den vorzeitigen Ausstieg aus der Kernenergie betragen, je nach Szenario, in den nächsten vier Jahrzehnten zwischen 1 und 1,5 Milliarden Franken pro Jahr. Es ist klar, dass diese auf die Wirtschaft und die Haushalte abgewälzt werden, abgesehen von der allgemein preistreibenden Wirkung. Denn wenn sich die Kosten für die Produktion erhöhen, müssen sich Produkte und Dienstleistungen zwangsläufig verteuern.

Aus diesen Gründen stimme ich am 18. Mai 2 x Nein zu den Atom-Ausstiegs-Initiativen. ■

Die Schweiz braucht mehr Freisinn

1. Teil der Serie: Die FDP im Wahljahr

Alle vier Jahre ist Politik noch ein bisschen schwieriger als sonst, so auch in diesem Jahr. Alle Parteien arbeiten auf den 19. Oktober 03 hin, den Tag der Abrechnung. Lösungsorientierte Politik und gewonnene Volksabstimmungen bringen zwar das Land weiter, bei den Wahlen zählen jedoch nicht diese Erfolge, sondern lediglich das Abschneiden der Partei am Stichtag. Daher darf sich die FDP nicht auf Positionen und Erfolge ausruhen, sondern muss in den nächsten sieben Monaten das Ziel haben, mit vollem Einsatz die Inhalte der FDP der Bevölkerung nahe zu bringen. Die FDP ist bereit, diese Herausforderung anzunehmen.

Von Michel Fischer, GS FDP Schweiz, Bern

Die FDP ist mit neuem Engagement ins Wahljahr gestartet. Am 11. Januar 03 wurde mit SR Christiane Langenberger die erste Frau an die Spitze der FDP gewählt. Der Aufmarsch von über 1200 Freisinnigen in Luzern hat gezeigt, dass die Partei mobilisieren kann und bereit ist zu kämpfen. Genau das braucht es, um die Wahlen in diesem Jahr gewinnen zu können. Das Wahlbarometer zu Beginn des Jahres zeigte nicht die angestrebten Werte, die FDP wird jedoch dank vollem Einsatz und guten politischen Inhalten Erfolg haben. Die verbleibenden sieben Monate werden dazu ausreichen.

Deutlich über 20% Wähleranteil

Die FDP Schweiz hat sich für die eidgenössischen Wahlen klare Ziele gesetzt. Die FDP will wieder deutlich über 20% Wähleranteil erreichen. Zudem wollen wir weiterhin die stärkste Fraktion im Parlament stellen.



Michel Fischer

Dabei darf der Ständerat ob des harten Kampfes um Wählerprozente nicht in Vergessenheit geraten. Es gilt die starke Position der FDP in der kleinen Kammer zu verteidigen.

Alle müssen zulegen

Damit diese Ziele erreicht werden können, müssen alle Kantone, alle Gemeinden ihren Wähleranteil erhöhen. Nur so können wir diesen gesamtschweizerisch wieder auf deutlich über 20% steigern, was erreicht werden muss, damit die Schweiz nicht erstarrt. Da die Koalition des Stillstands immer häufiger wichtige Reformschritte vereitelt, muss dagegen

entschieden angegangen werden.

Die FDP ist gerüstet für die Kampagne. Die Programmarbeit wurde vorangetrieben und wird auch im Wahljahr einen grossen Stellenwert einnehmen. In wichtigen Themenbereichen hat sich die FDP deutlich positioniert und hat bereits mit der Umsetzung auf parlamentarischer Stufe begonnen. Hier sind Bereiche zu nennen wie Wachstumspolitik oder Bürgersicherheit. Zusätzlich wurde am 15. März an der DV in Zürich die Wahlplattform verabschiedet. Die Themen werden mit weiteren Veranstaltungen vertieft. So wird die FDP je eine Thementagung zur Asyl- und Ausländerpolitik und zur Freiwilligenarbeit durchführen. Die FDP braucht den politischen Kampf mit den anderen Parteien also nicht zu scheuen.

Mit dem KMU-Oscar, der am 21. Juni in Olten zum dritten Mal verliehen wird, zeigt die FDP die Wertschätzung und die Wichtigkeit der KMU, des Motors unserer Wirtschaft. Die Schlussoffensive der FDP wird am 30. August – 50 Tage vor den Wahlen – eingeläutet durch den Wahl-Kickoff in Basel.

Die Marke FDP

Die FDP hat klare Positionen, grenzt sich deutlich von den anderen Parteien ab und setzt sich als einzige Kraft in diesem Land für Freiheit und Verantwortung ein. Die FDP ist eine Marke, was sich auch im

graphischen Auftritt zeigt. Das einheitliche Erscheinungsbild fördert die Wiedererkennbarkeit über die Kantons Grenzen hinweg. Ebenso muss es gelingen, die FDP noch stärker mit bestimmten Themen in Verbindung zu bringen. Daher wurden in der Wahlplattform vier Prioritäten gesetzt: Wachstumspolitik, Bildung und Forschung, Gesundheits- und Sozialpolitik sowie innere und äussere Sicherheit. Bei den letzten Wahlen verschenkte die FDP – stärker als die anderen Regierungsparteien – Wähleranteile durch das Panaschieren. Daher muss auch darauf hingearbeitet werden, dass die Wählerinnen und Wähler die FDP-Liste einwerfen, ohne diese mit Personen der anderen Parteien zu verändern.

Die Kampagne

Die Dachkampagne der FDP Schweiz ist kein Konstrukt alleine aus dem Generalsekretariat. Die tiefe Verwurzelung der FDP in allen Landesteilen und Regionen der Schweiz ermöglicht es, die Kantone stark in den Wahlkampf mit einzuschliessen. In den einzelnen Wahlkommissionen wurden daher Vertreterinnen und Vertreter der Kantone mit einbezogen, um den Bedürfnissen der Kantone Rechnung zu tragen. Die Kampagne der FDP Schweiz soll breit abgestützt sein und nicht wie in anderen Parteien von Bern oder von einer tonangebenden Kantonalpartei

aus gelenkt werden. Der wichtige Kontakt zur Basis wurde bereits im letzten Jahr mit einer Einladung aller Ortspräsidentinnen und -präsidenten nach Bern verstärkt. Unter anderem wurden die erfolgreichsten FDP-Ortsparteien bei den Nationalratswahlen 1999 ausgezeichnet.

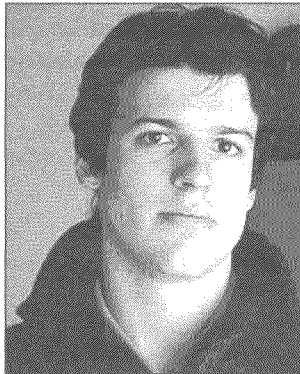
In den Kantonen gewinnen

Zu einem grossen Teil tragen die Kandidatinnen und Kandidaten zu einem erfolgreichen Abschneiden der Partei bei. Einzelne Kantonalparteien haben diese bereits nominiert und sind aktiv in den Wahlkampf gestartet. Doch es braucht mehr als gute Kandidaturen. Die FDP muss ihre Ideen unters Volk bringen. Dazu ist jedes einzelne Mitglied gefordert. Die FDP darf die Wahlen nicht wegen der fehlenden Mobilisierung verlieren. Wir haben ein grosses Wählerpotenzial. Ein erfolgreicher Wahlkampf gelingt jedoch nur im Zusammenspiel aller Kräfte: der FDP Schweiz, der Kantonal-, Sektions- und Ortsparteien, der Kandidatinnen und Kandidaten sowie jedes einzelnen Mitglieds. Nur so kann die FDP am 19. Oktober als Siegerin hervorgehen. Dies ist dringend notwendig, da eine Schwächung der FDP eine Stärkung der bremsenden Kräfte in der Schweiz zur Folge hätte. Die Aufgabe ist also klar: Es braucht mehr FDP, denn das ist besser für die Schweiz. ■

Armer Lipa-Stift!

Das Nein der jungfreisinnigen Schweiz zur Lehrstelleninitiative (Lipa)

Die Lage ist beunruhigend: Bildete 1985 noch jeder dritte Betrieb in der Schweiz Lehrlinge aus, so sind es heute nicht einmal mehr 20% aller Betriebe, welche den Schulabgängern einen Lehrstellenplatz anbieten können.



Michael Steiner (22),
Niederurnen GL

Michael Steiner, Vorstand
Jungfreisinnige Schweiz

Das Unbedachtteste, was man in der jetzigen Situation machen könnte, wäre die Annahme der Lipa am 18. Mai.

Ziel der Lehrstelleninitiative pour des places d'apprentissage (Lipa) ist die Aufnahme eines neuen Artikels 34^{ter} in der Bundesverfassung. Darin werden zwei Forderungen erhoben: das Recht auf Ausbildung sowie die Errichtung eines Berufsbildungsfonds.

Das Recht auf Ausbildung

Die erste Forderung enthält ein Recht auf eine ausreichende berufliche Ausbildung. Dazu hätten Bund und Kantone für ein genügendes und qualitativ gutes Ausbildungsangebot zu sorgen. Kurz: Wer künftig nicht ausgebildet, muss bezahlen, egal ob er nun nicht ausbilden kann oder nicht ausbilden will.

Des Weiteren muss die Ausbildung laut den Initianten Qualitätsansprüchen genügen und soll in Betrieben, Berufsschulen, Berufsverbänden und anderen Institutionen unter

staatlicher Aufsicht erfolgen. Wird auf Verfassungsebene garantiert, dass jeder Auszubildenden und jedem Auszubildenden zwingend eine Lehrstelle verschafft wird, wäre ein solch massiver Eingriff in die Marktwirtschaft wohl kaum anders als mit staatlicher Regelung zu bewerkstelligen!

Kosten belasten jeden Bürger

Die Tatsache, dass die Bildung gemäss Art. 63 Abs. 1 BV Bundessache ist, würde bedeuten, dass die Überwachung und Qualitätssicherung des Ausbildungsangebots künftig zentral durch einen zu schaffenden bürokratischen Apparat vollzogen werden müsste, der in Zusammenarbeit mit den Kantonen – mittels eines engmaschigen Netzes von Lehrwerkstätten – die verankerte staatliche Berufsbildung realisieren und verwalten würde. Die daraus resultierenden Kosten belasten somit jeden einzelnen Bürger. Das duale Bildungssystem (d. h., die

Auszubildenden werden sowohl im Betrieb wie auch schulisch ausgebildet), welches sich bis anhin in der Schweiz sehr bewährt hat, da es sich der jeweiligen wirtschaftlichen und sektoriellen Entwicklung anpassen konnte, wäre somit aufgegeben!

Die Verankerung eines Artikels 34^{ter} in der Bundesverfassung als Grundrecht würde jedem Absolventen der schulischen Grundausbildung einen gerichtlich einklagbaren Anspruch auf eine Lehrstelle garantieren. Inwiefern ein solches Grundrecht auf berufliche Ausbildung die schulische Leistungsbereitschaft der Jugendlichen beeinflusst, weil der Staat auch für unwillige Schülerinnen und Schüler Ausbildungsplätze bereitstellen muss, ist offensichtlich. Hinzu kommt die offene Frage, wie exakt ein zentralisiertes staatliches Auswahlverfahren den regional unterschiedlichen Bedürfnissen der Wirtschaft sowie den Entfaltungswünschen des Individuums nachzukommen vermag und ob es nicht zu markanten Verzerrungen führt.

Die in der BV verankerten Sozialziele (Art. 41 Abs. 1 lit. f BV) sind ausreichend, um allen Menschen in der Schweiz eine angemessene Ausbildung zu ermöglichen; auf die Verfehlungen der letzten Jahre von einzelnen Unternehmen hat der Gesetzgeber mittels des neuen Berufsbildungsgesetzes als indirek-

ter Gegenvorschlag zur Lipa reagiert.

Die Einrichtung eines Berufsbildungsfonds

Die andere Hauptforderung enthält die Errichtung und die Organisation eines gesamtschweizerischen Berufsbildungsfonds, der unter Berücksichtigung der in den Betrieben angebotenen Lehrstellen durch die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zu finanzieren wäre.

Die Initianten gehen davon aus, dass dieser Fonds jährliche Einnahmen von etwa 400 bis 500 Millionen Franken generieren würde, die für die Berufsbildung in den Kantonen verwendet werden könnten.

Der Hintergedanke dabei ist folgender: Immer häufiger findet eine gewisse Entsolidarisierung der Unternehmen statt, die einen bilden aus, während sich die anderen um die Mitarbeit und Mitverantwortung drücken, um dann als Trittbrettfahrer junge, gut ausgebildete Berufsleute nach Abschluss der Lehre von den Lehrbetrieben abzuwerben.

Mit der Idee eines gesamtschweizerischen Bildungsfonds greifen die Initianten ein allgemein erkanntes Anliegen auf. Es ist ein Versuch, für die Unternehmen das Anbieten von Lehrstellen attraktiv zu machen und sie in die Bildungsverantwortung einzubeziehen. Nur, die Lipa trifft gerade die Falschen! Es ist illusionär anzunehmen, dass durch Androhung einer

Strafzahlung die fehlbaren Firmen, welche sich weigern auszubilden, damit beginnen würden, mehr Lehrlinge auszubilden. Vielmehr könnten sich diese Firmen mit gutem Gewissen freikaufen. Firmen, die ausbilden wollen, aber nicht können, kommen unter die Räder. Die KMU, welche über 70 Prozent der Lehrlinge ausbilden und das Rückgrat unserer Wirtschaft darstellen, müssten neue finanzielle Lasten tragen. Dabei kämpfen schon heute viele ums Überleben. Auch hier würde die Verwaltung eines nationalen Fonds sowohl für Bund und Kantone wie auch für die einzelnen Firmen einen immensen bürokratischen Mehraufwand bedeuten, dessen finanzielle Auswirkungen die Erträge des Fonds postum zusammenschrumpfen lassen!

Gute Absicht, falsches Mittel!

Die Lipa versucht, Probleme, die durchaus bestehen, anzugehen. Allerdings würden die Missstände mit der Lipa nicht behoben.

Auch unser Gesetzgeber ist nicht untätig geblieben. Das 2004 in Kraft tretende neue Berufsbildungsgesetz bietet bessere Möglichkeiten, um in Krisensituationen korrigierend einzugreifen.

Aus diesen Gründen können sogar die Jugendlichen mit ruhigem Gewissen ein «Nein» in die Urne legen!

Politik durch Kompetenz oder Konsens?

Wissenschaftliche Politikberatung und die Kunst des «Sichdurchwurstelns»

Ein verwirrender Titel. Stehen denn Kompetenz in Sachthemen und Konsens in der politischen Entscheidungsfindung im Widerspruch miteinander? Ist es nicht so, dass Kompetenz geradezu die Voraussetzung und der Garant für Konsens ist?

Von Christine Scheiber



Christine Scheiber

Weit verbreitet ist die Auffassung, dass sich bei der Politikformulierung quasi zwangsläufig ein Konsens unter den Beteiligten einstellt, wenn sie über ausreichende Informationen verfügen und diese wissenschaftlich auszuwerten wissen, kurzum, wenn alle Beteiligten kompetent sind.

Von diesem Wissenschaftsoptimismus geleitet, entwickelte Harold Lasswell in den 1930er Jahren die «Policy sciences» (Programmforschung oder Politikfeldanalyse) als neue akademische Disziplin. Lasswell war überzeugt, durch die Anwendung verschiedener, vor allem quantitativer Analysetechniken wie Operations Research und Ökonometrie eine wissenschaftliche Grundlage für die Politikformulierung zu schaffen, die es erlauben würde, ideologische Grabenkämpfe zu überwinden und eine «rationale» Politik zu ermöglichen. Geprägt von diesem technokratischen Zeitgeist und dem Bemühen der USA, dank der Mobilisierung der besten Gehirne im Wettstreit mit der Sowjetunion als Siegerin hervor-

zutreten, gründete die US Air Force 1948 den Prototyp eines «Think Tank»: die RAND Corporation. Der Name dieser partei- und verwaltungsunabhängigen Politikberatungsinstitution entstand durch eine Zusammenziehung der Worte «Research and Analysis», also Forschung und Analyse, und widerspiegelt den Glauben an die Sozialwissenschaft als Bereitstellerin von Instrumenten zur Maximierung der gesellschaftlichen Wohlfahrt und zur Herstellung eines gesellschaftlichen Idealzustandes.

Neue Themenfelder besetzen

Während des Kalten Krieges beschäftigte sich die RAND hauptsächlich mit militärischen Fragestellungen. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und

dem einsetzenden globalen Tauwetter schmolzen die Verteidigungsetats dahin – auch in den USA, wenngleich in weit kleinerem Masse als in Europa. Dadurch sah sich die RAND gezwungen, ihren Forschungsbereich zu diversifizieren und neu auch Politikfelder wie Bildung, Gesundheit und Justiz abzudecken.

Beeindruckende Situation

Vom Oktober 2001 bis Sommer letzten Jahres hatte ich Gelegenheit, dank einem Ambassadorial Scholarship der International Rotary Foundation an dieser einzigartigen Institution die Schweiz zu vertreten und dort zu forschen. Ich war vom dort herrschenden Machbarkeitsglauben und von der akribischen Wissenschaftlichkeit überwältigt. Unter Anwendung hochkomplexer mathematischer Modelle und der Verkoppelung von drei leistungsstarken Grosscomputern konnten wir den kostenoptimalen Zeitpunkt der Auftragsvergabe zur Herstellung neuer Flugzeugträger berechnen und dadurch millionenschwere Einsparungen erzielen. Wir evaluierten, um wie viele Prozentpunkte sich durchschnittlich die Leistung von Schülerinnen und Schülern im standardisierten Leistungstest (SAT) dank einer Reduzierung der Klassengrössen

in Kalifornien verbessert hatte, und ermittelten die potenziellen Nebenwirkungen einer nationalen Pockenimpfkampagne.

Meine Begeisterung über diese hoch entwickelte Analyse politischer Sachthemen wurde aber bald von einem Gefühl der Bestürzung abgelöst. Wie selten basieren bei uns in der Schweiz politische Vorschläge und Gesetzesentwürfe auf solch fundierter Basis; wie oft werden Entscheidungen nicht auf Grund einer umfassenden Ausarbeitung und Beurteilung möglicher politischer Massnahmen, sondern vielmehr auf Grund der Zustimmung der Briefftaubenzüchter, der Philatelistinnen und einer Myriade sonstiger Anspruchsgruppen gefällt.

Funktionierendes System

Und wo bleibt die systematische Evaluation der erzielten Wirkungen einer umgesetzten Politik? In dieser Phase der Bestürzung kam jedoch die Frage in mir auf, wie es denn kommt, dass sich die Schweiz auch ohne Beratung durch eine der RAND vergleichbare Institution im internationalen Vergleich bisher recht gut geschlagen hat. Unser Volkseinkommen pro Kopf zählt zu den höchsten weltweit, unsere Arbeitslosenrate liegt nach wie vor weit unter dem internationalen

Durchschnitt, und auch von fundamentalen Krisen blieben wir bisher weitgehend verschont. Alles in allem funktioniert unser politisches System trotz vergleichsweise wenig Politikfeldanalyse und einer offensichtlichen Unterversorgung an wissenschaftlicher Politikberatung gar nicht so schlecht, oder? Wie kommt das? Eine schwierige Frage, auf die es keine umfassende Antwort geben kann.

Eine mögliche Teilantwort liegt in der kritischen Beleuchtung der tatsächlichen Funktionen, welche wissenschaftliche Politikberatung im politischen Entscheidungsprozess ausübt. Die vorangehenden Erläuterungen basieren auf der impliziten Annahme, dass wissenschaftliche Politikberatung und mit ihr Politikfeldanalyse einen wirksamen Beitrag zur Verbesserung der Problemlösungskapazität der Politik in Sachfragen leisten. Versteht man den politischen Entscheidungsfindungsprozess als ein systematisches und umfassendes Problemlösungsverfahren, ergibt diese Annahme durchaus Sinn. Wissenschaftliche Politikberatung kann vor diesem Hintergrund einen positiven Beitrag leisten, sowohl in Bezug auf die Analyse des Status quo als auch in der Ermittlung mög-

Fortsetzung auf Seite 18

Fortsetzung von Seite 17

licher Massnahmen zur Erreichung eines von politischen Entscheidungsträgern klar definierten Zielzustandes. Diese Vorstellung der politischen Entscheidungsfindung als ein linearer und rationaler Prozess wird zunehmend als realitätsfern kritisiert. Eine erste Attacke gegen dieses rationale Entscheidungsmodell lieferte der Ökonom Charles Lindblom, der den politischen Entscheidungsprozess als die Wissenschaft des «Sichdurchwurstelns» charakterisierte – keineswegs im abwertenden Sinne. In seinem gleichnamigen Artikel zeigt Lindblom auf, dass Ziele, die mit einer politischen Massnahme anzustreben sind, meist nicht umfassend und klar definierbar sind, geschweige denn, sich in eine Präferenzskala einordnen lassen. Auf Grund dieser Unklarheit über gesellschaftliche Ziele orientiert sich die Politik kaum an einem absolut besten Zielzustand, sondern primär am Status quo. Ausgehend von den bereits implementierten politischen Massnahmen, versuchen sich die politischen Entscheidungsträger durch inkrementelle Veränderungen einem als etwas erstrebenswerter erachteten Zustand anzunähern. Im Laufe dieses dynamischen Prozesses wird die Zieldefinition mehrfach modifiziert. Unter diesen Voraussetzungen können Beratungsansätze, welche auf einer Tabula rasa die effizienteste Politik entwerfen, von vornherein nur von beschränktem praktischem Nutzen sein. Diese Er-

kenntnis deckt sich mit verschiedenen empirischen Befunden, die darlegen, dass Politikanalysen selten als Beitrag in einem rationalen Problemlösungsverfahren verwendet werden.

Wissenschaftliche Politikberatung

Bedeutet dies nun, dass wissenschaftliche Politikberatung irrelevant ist und somit hinsichtlich der in der Schweiz bestehenden Unterversorgung an wissenschaftlicher Politikberatung kein Handlungsbedarf besteht? Diese Schlussfolgerung scheint verfrüht. Zuerst stellt sich die Frage, wozu wissenschaftliche Politikberatung dient, wenn offenbar nicht zu problemlösungsorientierten, substantiellen Zwecken. Verschiedene, vor allem in den USA unternommene Studien weisen übereinstimmend auf die grosse taktische Bedeutung hin, welche wissenschaftlichen Berichten zu politischen Sachthemen zukommt. In unserer vom Glauben an die Wissenschaft geprägten Zeit haben Argumente ohne wissenschaftliche Untermauerung kaum Aussicht auf Erfolg. So berufen sich denn politische Akteure gerne auf wissenschaftliche Berichte quasi als Schützenhilfe für ihre bereits vorgefasste Ansicht. Dieser taktischen Funktion von wissenschaftlicher Politikberatung kommt in den USA besonders grosse Bedeutung zu. Auf Grund der starken Fragmentierung des dortigen politischen Systems stehen oft viele verschiedene politische Gremien in Exekutive und Legislative im Wettstreit ge-

geneinander um die Zuständigkeit für ein Politikfeld. Sie alle benötigen eine grosse Ladung an wissenschaftlichen Argumenten, um in dieser Auseinandersetzung um Einfluss und Budget siegreich hervorzugehen.

Agenda-Setting

Der Einfluss wissenschaftlicher Politikberatung erschöpft sich aber nicht in dieser taktischen Funktion. Auch wenn viele Berichte und Analysen sich nicht unmittelbar in einer konkreten politischen Massnahme niederschlagen, bereichern sie den politischen Entscheidungsprozess dennoch in zwei wichtigen Punkten: dem «Agenda-Setting» und der langfristigen Aufklärung. Politikberatung ist dank ihrer Unabhängigkeit von der Verwaltung in der Lage, auf noch unberücksichtigte Probleme aufmerksam zu machen und neue politische Ideen zu entwickeln und zu fördern, die vom politischen Establishment noch als unbedeutend oder unrealisierbar abgetan werden. Eine ebenso wichtige Aufgabe übernimmt Politikberatung hinsichtlich der langfristigen Beeinflussung des politischen Denkens. Als zum Beispiel Ökonomen in den 1920er Jahren auf dem Verursacherprinzip beruhende Regulierungsformen zu untersuchen begannen, stiessen sie mit ihren Vorschlägen in der Politik auf taube Ohren. Es dauerte ein halbes Jahrhundert und die beharrliche Überzeugungsarbeit von vielen Politikberaterinnen und -beratern, bis sich diese Denkweise so weit etabliert hatte, dass sie

als «politikauglich» angesehen wurde. Diese aufklärerische Funktion von wissenschaftlicher Politikberatung ist kaum messbar, jedoch von grösster Bedeutung für die langfristige Steigerung der Wirksamkeit politischer Massnahmen.

Unterschiedliches BIP-Wachstum

Obenstehend wurde unter Berufung auf das Volkseinkommen pro Kopf und die Arbeitslosenrate die Ansicht vertreten, dass die Schweiz trotz vergleichsweise wenig Politikberatung international gut abschneidet. Das Bild könnte auch ganz anders gemalt werden. So ist beispielsweise das kaufkraftbereinigte Volkseinkommen pro Kopf in den USA um einen Sechstel höher als in der Schweiz, und der Abstand im Wohlstand dieser beiden Länder wächst tendenziell weiter an. Während sich die USA in den letzten sieben Jahren durchschnittlich eines jährlichen BIP-Wachstums von 3,6 Prozent erfreuen konnten, dümpelte die Schweiz mit knapp 1,7 Prozent vor sich hin. Die Anklage unseres Landes im Zusammenhang mit der Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg und das Swissair-Debakel sitzen uns noch tief in den Knochen.

Nicht automatisch besser

Es wäre wahrlich eine kühne Behauptung, diesen je nach Sichtweise entweder als positiv oder negativ erachteten Zustand der Schweiz auf die in unserem Land vergleichsweise beschränkte Bedeutung wissenschaftlicher Poli-

tikberatung zurückzuführen. Doch unabhängig davon, welche Diagnose wir für zutreffender erachten, tun wir gut daran, uns vor Augen zu halten, dass wissenschaftliche Politikanalyse zwar nicht automatisch zu einer besseren Politik führt, aber hierfür dennoch durch ihre Agenda-Settings und Aufklärungsfunktion eine unverzichtbare Voraussetzung darstellt. Wissenschaftliche Politikberatung bewegt sich zwangsläufig im Graubereich zwischen dem Ideal wissenschaftlicher, wertneutraler Objektivität und politischer und somit normativer Auseinandersetzung.

Verschiedenste Wurstgeschmäcker

Deshalb ist selbst im Falle unbestreitbarer Kompetenz der beteiligten Expertinnen und Experten nicht zu erwarten, dass sich ein Konsens einstellt – nicht zwischen den Expertinnen und Experten und schon gar nicht in der Bevölkerung als Ganzem. Politische Entscheidungsfindung lässt kaum Raum für rationale, kohärente Würfe, sondern ist vielmehr eine Kunst des wissenschaftlichen Sichdurchwurstelns, eine Kunst, die notwendigerweise kontrovers ist, da sich die Wurstgeschmäcker von St. Gallen und Neuenburgern bekanntlich stark unterscheiden – von jenem der Vegetarierinnen ganz zu schweigen.

Steuergelder nicht unsinnig ausgeben

Neugestaltung der Wohnraumförderung ist dringend nötig

Die Verlockung von rund einer halben Steuermilliarde ist nach Auffassung der FDP nicht länger verantwortbar. Sie schlägt eine Neugestaltung der Wohnraumförderung im Interesse der Gesundung des Bundeshaushaltes vor.

Die FDP-Fraktion verlangt eine Neuausrichtung der Wohnraumförderung. An-

gesichts der verschlechterten finanzpolitischen Lage und der Unumgänglichkeit eines Entlastungsprogrammes auf Bundesebene kann es die FDP-Fraktion nicht länger verantworten, rund eine halbe Steuermilliarde in die Förderung von höchstens 1500 Wohneinheiten pro Jahr zu verlocken.

Als kurzfristige Massnahme wird die FDP-Frak-

tion im Rahmen der nationalrätlichen Debatte zum Wohnraumförderungsgesetz (WFG) beantragen, den vorgesehenen Rahmenkredit für die Jahre 2003 bis 2006 um über ein Drittel, also von 496,4 auf 300 Mio. Fr. zu kürzen. Durch diese Einsparungen innert nützlicher Frist wird das Fördervolumen in vertretbarem Umfang reduziert. Damit übernimmt die

FDP mit einem rasch realisierbaren und sinnvollen Sparvorschlag Verantwortung für die Gesundung des Bundeshaushaltes. Dabei will es die FDP aber nicht bewenden lassen. Mittel- bis langfristig ist die Aufgabenteilung im Bereich der Wohnraumförderung zu überprüfen und neu zu regeln. Das Volk soll das letzte Wort haben. Die FDP-Fraktion wird des-

halb in Kürze eine parlamentarische Initiative vorlegen, mit welcher die Änderung von Art. 108 der Bundesverfassung verlangt wird. Die Kantone sollen in Zukunft die Möglichkeit erhalten, selber über Art und Umfang der Wohnraumförderung zu entscheiden. ■

Alte Zöpfe abschneiden statt pflegen

Grundlegende Aufgabenüberprüfung beim Bund

Die FDP-Fraktion hat sich intensiv mit der Situation der Bundesfinanzen auseinandergesetzt. Dabei wurde klar, dass einerseits Einsparungen vorzunehmen sind, andererseits aber auch die Wirtschaft stärker wachsen muss. Damit beide Anliegen entsprekend berücksichtigt werden können, sollen nicht die Finanzkommissionen das Entlastungsprogramm diskutieren, sondern eine Spezialkommission.

Um die Bundesfinanzen langfristig ins Gleichgewicht zu bringen, ist nach Ansicht der FDP-Fraktion neben kurzfristigen Sparübungen eine grundlegende Überprüfung der Aufgaben und Strukturen des Staates notwendig. Das Beispiel der Wohnbauförderung zeigt, dass Auf- und damit Ausgaben des Bundes auch dann weitergeführt werden, wenn keine Priorität mehr besteht. Gleichzeitig müssen alle Massnahmen ergriffen werden, um das Wirtschaftswachstum zu stei-

gern. Dass diese Massnahmen nicht zwingend mit neuen Kosten verbunden sind, zeigt zum Beispiel das Kartellrecht. Ein griffiges Kartellrecht bringt tiefere Preise und mehr Wirtschaftswachstum. Die FDP wird sich deshalb bei der Beratung im Ständerat gegen alle Bremsversuche wirtschafts- und wachstumsfeindlicher Kreise zur Wehr setzen.

Forschung nicht behindern

Ein wichtiger Wachstumsbereich in der Schweiz ist

die Forschung. Die Schweiz hat zahlreiche kluge Köpfe und damit die Voraussetzungen, in diesem Bereich eine Spitzenposition einzunehmen. Dies ist zum Beispiel bei der Ausgestaltung des Embryonenforschungsgesetzes zu berücksichtigen. Dieses Gesetz enthält nach Ansicht der FDP einen gefährlichen Widerspruch. Alle überzähligen Embryonen sollen vernichtet werden. Dieses Vorgehen ist unsinnig und unehrlich. Embryonen müssten zu Forschungszwecken aus dem Ausland importiert werden. Die Forschung in der Schweiz wird dadurch behindert. FDP-Ständerätin Christine Beerli wird deshalb in der Debatte einen Antrag für einen Dringlichen Bundesbeschluss einbringen, auf diese Vernichtung bis 2008 zu ver-

zichten. Ein Angriff auf den Forschungsplatz Schweiz ist auch im Landwirtschaftsgesetz enthalten. Deshalb lehnt die FDP-Fraktion das sachfremde Moratorium zur Gentechnologie im Rahmen des Landwirtschaftsgesetzes einstimmig ab.

Untauglicher Staatsvertrag

Die FDP-Fraktion hat sich erneut mit dem Staatsvertrag zum Luftverkehr mit Deutschland befasst. Da-

bei bekräftigte sie ihre Ansicht, dass dieser Vertrag schlecht und ungerecht ist. Die FDP ist auch nach der unmotivierten Verhandlungsreise von Bundesrat Leuenberger nach Berlin nicht bereit, diesem Staatsvertrag zuzustimmen. ■

Anzeige



Tel. 041 412 37 37
Fax 041 410 43 53
E-Mail restaurant@fondue-house.ch
www.fondue-house.ch

SPYCHER FONDUE-HOUSE

Eisengasse 15 ▲ 6004 Luzern ☒ Switzerland

Wie gewinne ich Wahlen?

Wahlkampfkurs 2./3. Mai 2003 in Pfäffikon

Freitag, 2. Mai 2003

Ausbildungsmodul	Dauer/Zeit	Referenten
Eintreffen	ab 13.30	Teilnehmende individuell
Begrüssung und Einführung (Ziele, Ablauf, Organisation)	10' 14.00–14.10	Bruno Henggi, Fraktionssekretär
Wahlkampfplattform FDP	20' 14.10–14.30	Guido Schommer, Generalsekretär
Schwerpunktthema Sicherheit im Alltag Präsentation/Fragen/ Diskussion	45' 14.30–15.15	NR Edi Engelberger, NW
Organisation persönlicher Wahlkampf	60' 15.15–16.15	Hannes Treier, Wahlkampfleiter, FDP BE
Pause	16.15–16.45	
Meine Erfahrung im persönlichen Wahlkampf Panelgespräch/Diskussion	45' 16.45–17.30	Hannes Treier, Wahlkampfleiter, FDP BE NR Maya Lalive d'Epinay KR Jürg Wernli, Herisau
Schwerpunktthema Wachstum Präsentation/Fragen/ Diskussion	45' 17.30–18.15	Ruedi Noser, GL FDP
Pause	18.15–18.30	
Schwerpunktthema Gesundheits-/Sozialpolitik Präsentation/Fragen/ Diskussion	45' 18.30–19.15	NR Trix Heberlein
Apéro/Nachtessen	ab 19.45	mit NR Trix Heberlein

Samstag, 3. Mai 2003

Ausbildungsmodul	Dauer/Zeit	Referenten
Persönliche Homepage	60' 8.30–9.30	Sven Bradke, Kommunikationsberater
Pause	15' 9.30–9.45	
Medienarbeit Zeitung Arbeitsweise Redaktion Wie komme ich in die Zeitung? Leserbrief/Zeitungsartikel	60' 9.45–10.45	Ruedi Schläpfer, Redaktor «Freisinn»
Pause	15' 10.45–11.00	
Medienarbeit Zeitung Arbeitsweise Redaktion Wie komme ich in die Zeitung? Leserbrief/Zeitungsartikel	45' 11.00–11.45	Ruedi Schläpfer, Redaktor «Freisinn»
Schluss des Seminars Auswertung	15' 11.45–12.00	Bruno Henggi, Fraktionssekretär

Kursort

Seedamm Plaza, Seedammstrasse 3
8808 Pfäffikon (SZ)
Tel. 055 417 17 17
Fax 055 417 17 18
E-Mail seedamm.plaza@seedamm-plaza.ch

Übernachtung (bitte selbständig buchen)

Empfehlung: Sedamm Plaza, 8808 Pfäffikon (SZ)

Nachtessen (in den Kurskosten nicht inbegriffen)

Im Kurshotel

Kontaktperson/Anmeldung

Bruno Henggi
FDP Schweiz
Neuengasse 20, Postfach 6136, 3001 Bern
Tel. 031 320 35 35
Fax 031 320 35 00
E-Mail henggi@fdp.ch
Internet www.fdp.ch

Anmeldefrist für den Kurs: 17. April 2003

Anmeldung mit unten stehendem Talon

Anmeldetalon

Name: _____ Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Tel. P: _____ Tel. G: _____

Fax: _____ E-Mail: _____

Kantonalpartei: _____ Parteifunktion: _____

Politische Ämter: _____

Kandidat(in) für: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte um Rücksendung bis 17. April 2003 an das Generalsekretariat
FDP Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, oder Fax 031 320 35 00
oder henggi@fdp.ch.

Kurskosten: Fr. 120.– (exkl. Übernachtung/Abendessen)

Termine

Landsgemeinde 2003 in Glarus 3. bis 4. März



Die direkte Demokratie, wie sie seit Jahrhunderten an der Landsgemeinde in Glarus gelebt wird, ist heute in dieser Form einzigartig für die Schweiz. Eine Institution, welche in der Bevölkerung breit verankert ist und auch in der heutigen Zeit ihre Berechtigung hat. Nachdem bereits an der Landsgemeinde 2001 ein Anlass für alle

Jungfreisinnigen der Schweiz organisiert wurde und wir an der Landsgemeinde 2002 die Jungliberalen Karlsruhe begrüßen durften, möchten wir dieses Jahr erneut den interessierten Jungfreisinnigen aus der Schweiz das Erlebnis Landsgemeinde offerieren.

Programm:

Neben einem Besuch des Museums des Landes Glarus im Freulerpalast gleich zu Beginn unseres Anlasses am Samstagnachmittag freuen wir uns natürlich, dich während eines gemütlichen Nachsessens das typische Landsgemeindemenu (Kalberwurst) kosten zu lassen. Anschliessend erfährst du alles Wissenswerte über die Landsgemeinde, was in dir hoffentlich noch mehr Spannung für den folgenden Tag aufkommen lässt.

Als Übernachtungsmöglichkeiten stehen dir die Zivilschutzanlage zur Verfügung, oder es kann auf Eigeninitiative ein Hotel reserviert werden. (Empfehlungen auch unter der angegebenen E-Mail-Adresse).

Am Sonntag werden wir nach einem stärkenden Morgenessen bei hoffentlich gutem Wetter die Landsgemeinde erleben.

Interessiert? Melde dich einfach per E-Mail bei uns an: michael.steiner@jungfreisinnige.ch

Achtung:

beschränkte Teilnehmerzahl

Die Kosten für den Anlass werden vor Ort zu bezahlen sein. Wir sind versucht, möglichst alle schriftlichen Dokumente auch auf Französisch bereitzustellen.

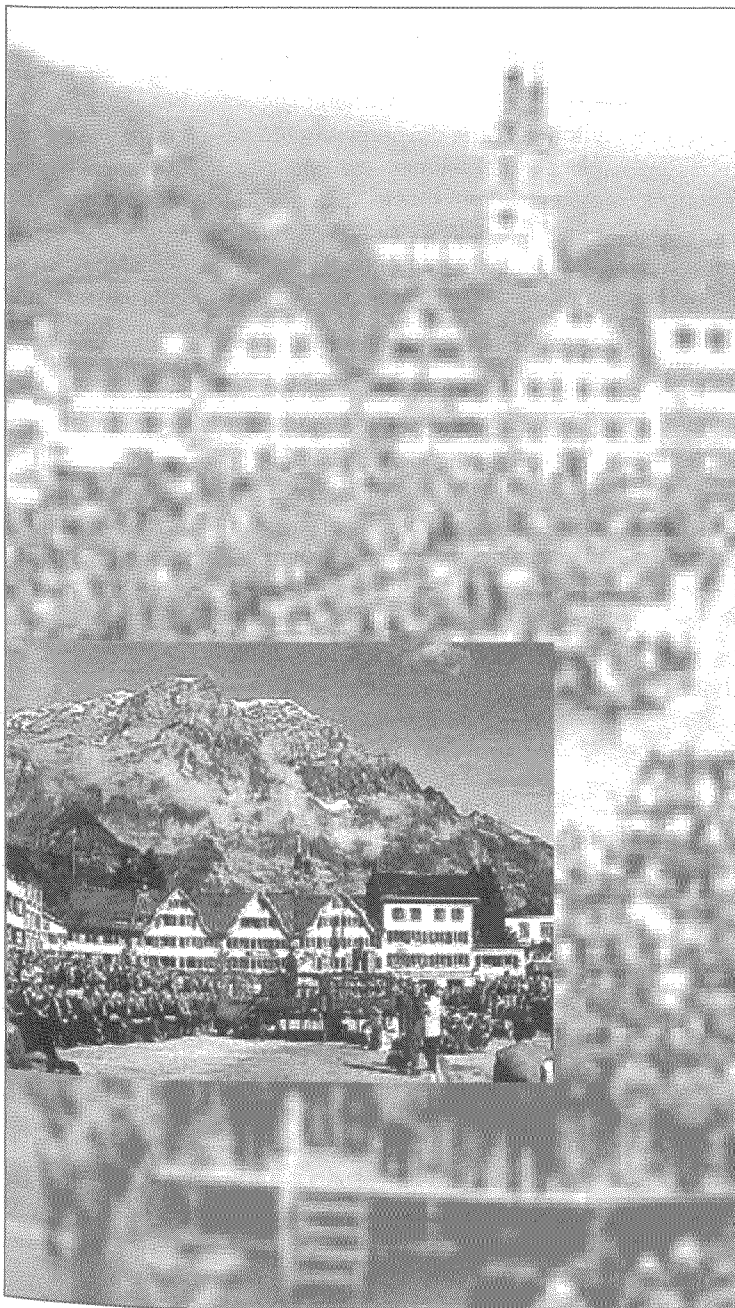
Programm:

Samstag, 3. Mai

- 15.00 Uhr Besuch des Freulerpalastes, Museum
- 18.00 Uhr Kultureller Teil
Landsgemeindemenu
Infos
- 22.00 Uhr Kultureller Teil II (!)

Sonntag, 4. Mai

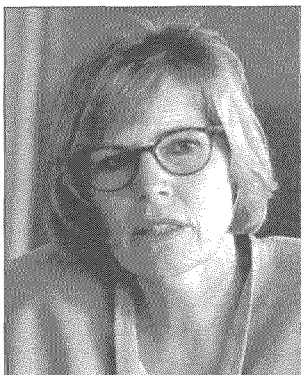
- 8.30 Uhr Frühstück
- 9.30 Uhr Einzug der Regierung
- 10.00 Uhr Beginn der Landsgemeinde
Im Anschluss der Landsgemeinde offerieren wir euch im Ring einen Apéro.



Staatsleitungsreform endlich angehen!

Eine neue Regierung braucht das Land

Die Institutionen unseres Staates sind im Wesentlichen vor 150 Jahren geschaffen worden. Sie haben sich seither kaum verändert, gewandelt haben sich hingegen die Anforderungen an den Staat. Die Notwendigkeit einer Staatsleitungsreform steht denn auch seit Jahren im Raum.



Ständerätin Erika Forster-Vannini, St. Gallen.

Von FDP-Ständerätin Erika Forster-Vannini, St. Gallen

Die FDP Schweiz verlangte an ihrer DV im März 99 dringend eine notwendige Staatsleitungsreform. Sie stellte damals auch Reformpunkte in den Raum, die bei der Reform zu beachten seien. Es sei

1. die strategische Führung der Regierung zu verstärken,
2. die Entscheidungs- und Handlungsfreiheit der Regierung zu erhöhen,
3. die Geschlossenheit des Regierungshandelns zu verbessern. Die Beibehaltung des Kollegialprinzips und eine massvolle Stärkung der Leitungsfunktion wurden ebenso postuliert wie die Forderung nach Verzicht und auf eine Vergrößerung des Gremiums.

Eine Reform der Staatsleitung ist meines Erachtens auch deshalb nötig, weil die strukturelle Überforderung des gegenwärtigen Regierungssystems eher zu- und nicht abnimmt. Gerade eine Demokratie

schweizerischer Prägung mit ihren aufgefächerten Entscheidungsprozessen bedarf einer handlungsfähigen Regierung. Mitten in Europa sind wir auf eine Regierung angewiesen, welche die Interessen des Landes, der gesellschaftlichen Gruppen und der Wirtschaft nachhaltig und beharrlich zu vertreten vermag.

Vorstellungen des Bundesrates

Der Bundesrat hat sich nach einigem Zögern an die Arbeit gemacht, seine Vorstellungen einer Staatsleitungsreform erarbeitet und anschliessend in die Vernehmlassung gegeben. Im Grossen und Ganzen fand das Modell des Bundesrats mit seinen Ministerinnen und Ministern Anklang. Selbstverständlich fanden sich auch Kritiker, die befürchten, mit einem zweistufigen System seien zu viele Nachteile verbunden. Es wurde auch geltend gemacht, dass ein Gremium von Ministerinnen und Ministern unserem System fremd sei, so

dass kaum die Chance bestehe, eine Staatsleitungsreform mit einer so markanten Neuerung dem Volk beliebt zu machen. Deshalb sei es nicht ratsam, auf diese Variante einzuschwenken.

Modell entspricht den Anforderungen der FDP

Persönlich bin ich der Meinung, dass das vom Bundesrat vorgeschlagene Modell am ehesten den Anforderungen und Zielen einer Reform entspricht, wie sie seinerzeit von der FDP aufgestellt worden sind. Durch die Entlastung von der unmittelbaren Verwaltungsführung und dem Tagesgeschäft kann sich das Bundesratskollegium, wie immer wieder gefordert, stärker auf die eigentliche Regierungsarbeit konzentrieren. Dadurch wird das Kollegium gestärkt, und es kann einem der Hauptmängel unseres heutigen Systems Rechnung getragen werden. Zudem wird die Kapazität der Regierung erheblich erweitert, und es besteht ein breiterer Spielraum zur Umsetzung neuer politischer Schwerpunkte. Mit dieser Variante kann auch klar die Beibehaltung eines siebenköpfigen Kollegiums gewährt werden, was für mich ein wesentlicher Bestandteil der Staatsleitungsreform darstellt. Nur so können die Einheit und die Kohärenz innerhalb der Regierung gewahrt werden. Der Bundesrat hat damit einen Reformvorschlag gewagt, der

den sieben Bundesräten die notwendige Handlungsfreiheit gibt, ohne dass dadurch das fein austarierte, stabilisierende Machtverteilungssystem angetastet würde.

Andere Modelle sind zu hinterfragen

Das Modell, die Reform in die Breite zu führen, ist meines Erachtens mit zu vielen Mängeln behaftet. Ein Neunerkollegium würde die bereits heute bestehenden Unzulänglichkeiten hinsichtlich der Kollegialität nur verstärken und damit ein heute oft beklagtes Malaise verstärken. Eine Vergrößerung um lediglich zwei Mitglieder könnte höchstens genügen, wenn dafür ein eigentliches Präsidialdepartement geschaffen würde. Der «worst case» wäre für mich dann erreicht, wenn das Resultat der Regierungsreform darin bestünde, das Kollegium von sieben auf neun Bundesräte zu vergrössern, die Verknüpfung mit der Departementsleitung beizubehalten und auf eine politisch relevante Verstärkung des Präsidiums zu verzichten.

Wenn man mit diesem Modell Ernst machen will, muss nach meiner Meinung diese Vergrößerung ein bestimmtes Ausmass annehmen, so dass der Bundesrat 13 oder 15 Mitglieder umfassen würde. Denn die Landesregierung insgesamt braucht mehr politisch verantwortliche Köpfe. Die Konsequenzen

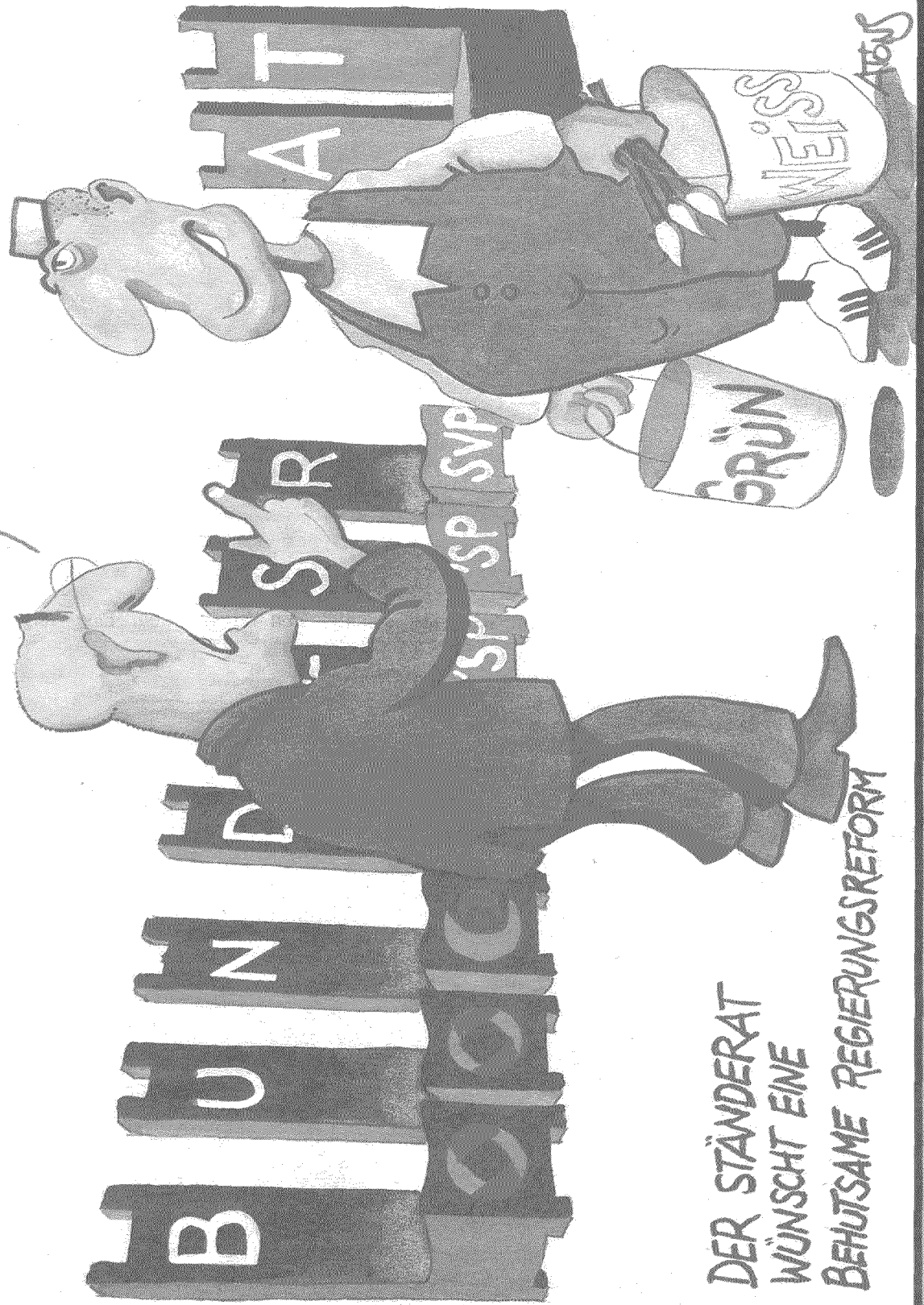
einer namhaften Vergrößerung der Regierung wären allerdings beträchtlich: Das herkömmliche Kollegialprinzip müsste verlassen und ein starkes, politisch verantwortliches Präsidium eingeführt werden.

Entweder oder

Wenn wir letztlich überhaupt keine Änderung wollen, dann wäre es wohl besser, wir würden die ganze Übung bereits heute abblasen.

Mehr noch: Die Begeisterung für eine Veränderung scheint im obersten Führungsgremium nicht oder nur marginal vorhanden zu sein. Gerade die braucht es aber, wenn wir Änderungen durchziehen wollen, die nicht zum Vorn herein gegeben sind. Deshalb ergibt es möglicherweise auch keinen Sinn, in den Parlamenten lange Debatten zu führen nur um der Debatten willen. Entweder sind wir der Meinung, wir brauchen eine Reform und sie ist für unser Führungsgremium von Bedeutung, oder wir lassen es bleiben und warten zu, bis wir in etlichen Jahren einsehen, dass unser Land ohne Reform seiner Landesregierung nicht mehr auskommt.

SIE DÜRFEN DIE BEIDEN NEUEN STÜHLE
ANMALEN, WIE SIE WOLLEN - ABER DIE ALTEN
BEHALTEN IHRE FARBE, KLAR?



DER STÄNDERAT
WÜNSCHT EINE
BEHUTSAME REGIERUNGSREFORM

Karikatur-Andreas Tons

geriberz

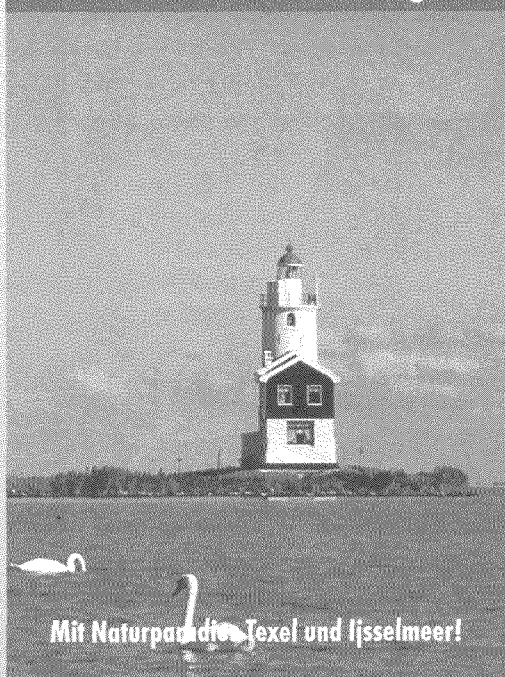
reisen statt rasen.

Unsere Kataloge:

- Rundreisen
- Flussfahrten
- Wellnessferien
- Familienhotels
- Golfferien
- Bella Italia
- Gruppen-Ferienhäuser



Hollands Wasserwege



Mit Naturparadies Texel und IJsselmeer!

Während der Tulpenzeit die holländischen Wasserwege zu befahren ist ein besonderes Erlebnis. Bahnreise (oder Flug) nach Amsterdam und interessante Schiff-Fahrt über das Wattenmeer zur westfriesischen Insel Texel, ein faszinierendes Naturparadies. Auf dem neuen Erstklassschiff MS SWISS RUBY**** verwöhnen wir Sie mit einer sehr guten Küche und grossen Kabinen! 8 Tage Fr. 2190.-

Reisedatum 2003 (Sa-Sa)
03.05.03 - 10.05.03



Dreiländer-Flussfahrt



Flussfahrt durch Holland-Belgien-Deutschland!

Mit dem neuen Erstklassschiff MS SWISS RUBY**** erleben Sie die schönsten Wasserwege Hollands, Belgiens und Deutschlands. Busreise (oder Flug) nach Amsterdam und interessante Schiff-Fahrt nach Rotterdam und Antwerpen. Überaus bezaubernd sind die Orte Middelburg, Brügge und Gent. Geniessen Sie auf dieser Flussreise eine sehr gute Küche und freuen Sie sich auf unvergessliche Erlebnisse! 8 Tage Fr. 2250.-

Reisedatum 2003 (Sa-Sa)
10.05.03 - 17.05.03



Kiel - Berlin



Romantisches Schleswig-Holstein mit Elbe!

Möchten Sie bezaubernde Landschaften und neue Städte kennenlernen? Mit dem neuen Erstklassschiff MS SWISS RUBY**** erleben Sie das unbekannte und reizvolle Bundesland Schleswig-Holstein. Nach Kiel und Hamburg befahren Sie die Elbe bis Magdeburg und erreichen auf dem Elbe-Havel-Kanal Potsdam und Berlin. Entdecken Sie auf dieser Reise viele hübsche Dörfer und malerische Landschaften 8 Tage Fr. 2250.-

Reisedatum 2003 (Sa-Sa)
24.05.03 - 31.05.03



Info-Tag über Flussfahrten im geriberz-Haus
in Wettingen: Sa, 5. April, 10-16 Uhr



MS SWISS RUBY**** (Baujahr 2002)

43 sehr schöne, grosszügige Aussenkabinen mit Farb-TV, Radio, Minibar, Safe, Haartrockner, Klimaanlage, Dusche und WC. Balkontüren auf dem Rubindeck. Eingangshalle mit Reception, Bordboutique, grosszügiges Restaurant, Salon mit Panorama-Bar und Tanzfläche, Sauna, Sonnendeck.

Sehr gute Küche.

Vieles inklusive!

- Fahrt im Komfortreisebus mit Toilette
- Hollands Wasserwege: Bahnreise
- Mittagessen auf Hin- und Rückreise
- Gepäckträgerdienste und Transfers
- Willkommensgetränk
- Schiffsreise in 2-Bettkabine Hauptdeck
- Vollpension an Bord, inkl. Kaffee oder Tee
- Benützung der Sauna
- diverse Stadtrundgänge und Besichtigungen
- Trinkgelder an Bord
- Alle Hafentaxen
- geriberz-Reiseleitung von A-Z
- Ausführliche Reisedokumente
- Auftragspauschale

FD0312d

Reiselust? Wir senden Ihnen gerne gratis und unverbindlich unseren Katalog zu:

Ich interessiere mich für:

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> Hollands Wasserwege | <input type="checkbox"/> Katalog Flussfahrten |
| <input type="checkbox"/> Dreiländer-Flussfahrt | <input type="checkbox"/> Katalog Rundreisen |
| <input type="checkbox"/> Kiel - Berlin | <input type="checkbox"/> Katalog |

Vorname _____

Name _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

Geburtsdatum _____

geriberz reisen ag • Etzelstrasse 15 • 5430 Wettingen
Fax 056 427 28 83 • info@geriberz.ch • www.geriberz.ch
oder senden Sie ein SMS mit Ihrer Adresse an 079 413 66 68

Kommen Sie mit? Telefon 056 427 01 01